

# FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

## Alles im Fluss?

Ist Hortung heute noch ein Problem?

Interview Steffen Henke: Fließendes Geld für eine gerechtere Welt

Aktuelle Entwicklungen bei der Grundsteuerreform

# Liebe Leserinnen und Leser,

Die Staumauer auf unserer Titelseite soll die Problematik der Geldhortung symbolisieren. Aber ist Hortung heute überhaupt noch ein Problem? Hortung bedeutet, dass Geld dem Kreislauf entzogen und somit (länger als üblich) nicht mehr nachfragewirksam wird. Anders ausgedrückt sinkt die Umlaufgeschwindigkeit der gesamten herausgegebenen Geldmenge, wodurch auch die Gesamtnachfrage sinkt. Dies führt zur Rezession.

Karl Marx sah zwar durchaus, dass aus der »sozialen Macht« Geld eine »private Macht« privater Personen werden kann, weshalb die Menschen im Altertum Geld zurückgewiesen hätten, da es die ökonomische und ethische Ordnung untergrabe. Dennoch betrachtete Marx die Bildung von Horten als funktional: »Die Reserven dienen als Kanäle für den Zu- oder Abfluss von Geld in den Umlauf, der dadurch nie über die Ufer tritt.« Die eigentlichen Probleme verortete er in der kapitalistischen Produktionssphäre.

Auch John Maynard Keynes hat gesehen, dass die Geldhalter manchmal lieber liquide bleiben, und wollte die Nachfrage stabilisieren. Seine Nachfolger sahen sich jedoch gezwungen, mit den staatlichen Konjunkturprogrammen unaufhörlich weiterzumachen, so dass über deren Kreditfinanzierung die weltweite Verschuldung immer weiter zunahm.

Die Monetaristen um Milton Friedman setzten dagegen einfach eine konstante Geldumlaufgeschwindigkeit voraus und meinten, es wäre ausreichend, durch eine stetige Ausweitung der Geldmenge die Wirtschaft in Schwung zu halten. »Money matters«: Es komme auf die Geldmenge an, während man die Umlaufgeschwindigkeit vernachlässigen könne.

Im Mai 2017 erschien nun aber ein Aufsatz von Neil Ericsson, David Hendry und Stedman Hood, der zeigt, dass Milton Friedman und seine Kollegin Anna Schwartz die Zahlen so manipuliert haben, dass historische Rückgänge der Geldumlaufgeschwindigkeit extrem klein gerechnet wurden.

Die weltweit weiterhin steigende Verschuldung, die entsprechend erdrückende Kapitallast, die potentiellen Bedrohungen durch sowohl Inflation als auch Deflation, die Gefahr steigender Zinsen... All dies zeigt, dass ein entscheidender Punkt bisher nicht gelöst worden ist: die Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Silvio Gesell war der Ökonom, der die Umlaufgeschwindigkeit zum zentralen Thema gemacht hat! Durch eine Geldgebühr wollte er das Geld zum Fließen bringen und so »die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes zur ewig sprudelnden Geldquelle« machen.

Die Zeit ist gekommen, seine Ideen ernst zu nehmen.

Viele Grüße



Kontakt: [Beate.Bockting@INWO.de](mailto:Beate.Bockting@INWO.de)

## Inhalt

- 3 Beate Bockting: Negative Gerechtigkeit
- 4 Helmut Creutz, Thomas Kubo: Bargeldhortung ist ein Problem
- 7 Historisches Freigeld-Experiment in Lignières-en-Berry
- 8 Fließendes Geld – Interview mit Steffen Henke
- 13 Klaus Willemsen: Negativzinsen vor Gericht
- 14 IFIF-Diskussion: Von der Grundsteuer zur Bodenwertsteuer
- 16 Grundsteuerreform – aktuelle Entwicklungen
- 17 INWO Schweiz
- 20 INWO Deutschland
- 22 Mitgliedsantrag INWO-D
- 23 Buchvorstellungen
- 24 Silvio Gesell über umlaufgesichertes Geld

## Impressum

**FAIRCONOMY** 14. Jahrgang, Nr. 1 März 2018, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner  
E-Mail: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)

**Auflage:** 1.600 Exemplare

**Bildnachweis:** Titelseite: © Dr. Stephan Barth / pixelio.de; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Uli Stoll-[www.parknplay.de](http://www.parknplay.de) / pixelio.de; 4+6: © Helmut Creutz und Thomas Kubo; 7: © CC [Wikimedia.org](http://Wikimedia.org), Dantzig; 12: © boke9a / [pixabay.com](http://pixabay.com); 13: © geralt / [pixabay.com](http://pixabay.com); 14: © Denise / pixelio.de; 15: © [Mediamodifier](http://Mediamodifier.com) / [pixabay.com](http://pixabay.com); 17: © [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch), Foto Binswanger; © privat; 18: © [www.neuebodeninitiative.ch](http://www.neuebodeninitiative.ch); 19: © Roland Stebler; 20: © Logo: [iffm.de](http://iffm.de); 23: © A. Lindert-Rottke / [fotolia.com](http://fotolia.com); 24: © Herm / [pixabay.com](http://pixabay.com)

**Layout:** [design-angel.de](http://design-angel.de), Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Mühlbauer Druck, Puchheim  
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V.,  
Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

**Mitglieder- und Abo-Kontakt Deutschland:**  
INWO e.V.  
Wallstr. 97, 50321 Brühl  
Telefon: +49 2232 156368  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de), [www.INWO.de](http://www.INWO.de)

**Kontoverbindung:**  
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

**Mitglieder- und Abo-Kontakt Schweiz:** INWO Schweiz,  
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,  
E-Mail: [buero@INWO.ch](mailto:buero@INWO.ch), [www.INWO.ch](http://www.INWO.ch)

**Kontoverbindung:**  
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank  
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8  
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

**Hinweis:** Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

# Negative Gerechtigkeit

Die britische Wochenzeitung The Economist erklärt, »weshalb Zinsen unter null weder ungerecht noch unnatürlich sind«, und erzählt dabei Silvio Gesells Robinsonade nach.

**I**n der Printausgabe des Economist erschien Anfang Februar unter der Überschrift »Negative justice« ein Beitrag über Silvio Gesells Idee, das Geld wie die Waren »rosten« zu lassen. Online findet sich die Geschichte unter der Überschrift »Weshalb Zinsen unter null weder ungerecht noch unnatürlich sind – Wenn es an Kreditnehmern mangelt, hilft es, wenn Geld wie Kartoffeln fault«.<sup>1</sup>

Kurze Ausschnitte aus Silvio Gesells Robinsonade, die wir im März 2017 noch in FAIR-ECONOMY abgedruckt hatten, werden von der auflagenstarken und international verbreiteten Wochenzeitung nacherzählt. Einleitend wird daran erinnert, dass auch der berühmte amerikanische Ökonom Irving Fisher 1930 in »The Theory of Interest« eine Fassung der Robinsonade brachte, in der er anhand von trockenem Zwieback, den schiffbrüchige Seeleute untereinander aufteilten, deutlich machte, dass Zinsen keinesfalls natürlicherweise positiv sein müssen. Gesells Version ist allerdings ausgefeilter.

## Stamp Scrip

Irving Fisher hatte 1933, als Gesell bereits verstorben war, in seinem Buch »Stamp Scrip« praktische Möglichkeiten einer Gesellschen Umlaufsicherung als Ausweg aus der damaligen schweren Wirtschaftskrise beschrieben. Fishers Berater war damals der aus Deutschland ausgewanderte Gesell-Anhänger Hans Cohnsen.

1933 war die Arbeitslosigkeit in den USA auf 25 Prozent angestiegen. In vielen Kommunen wurde Notgeld ausgegeben, um auch in der Deflation Zahlungsmittel zur Verfügung zu haben. Die umlaufgesicherten Scrips hatten 52 Kästchen auf dem Rücken und mussten wöchentlich durch das Aufkleben einer 2-Cent-Marke aktuell gehalten werden. Dadurch wurde der schnelle und vor allem stetige Umlauf gesichert. Heute könnte das altmodisch erscheinende Aufkleben von Klebmarken beispielsweise durch automatisches Abbuchen von anonymen Geldkarten ersetzt werden. Unserer Wirtschaft und Gesellschaft wäre mit einer solchen Maßnahme in jedem Fall auch heute wieder gedient.



Robinson lernt vom Fremdling, dass Geld wie Waren rosten muss, damit alle davon profitieren.

## Rostendes Geld in Japan?

Die Bank of Japan scheue solche Bezeichnungen wie »rostendes Geld«, schreibt der Economist. »Doch indem sie 2016 einen Negativzins erhob und sich drei Jahre zuvor ein Inflationsziel setzte, verfolgt sie im Grunde

ben der Privat- und Geschäftskunden der Geschäftsbanken durchwirkt, ist allerdings noch längst nicht das, was Gesell sich vorstellte. Gesell wollte Kreditnehmer von Zinskosten entlasten und marktgerecht von der zunehmenden Kapitalfülle profitieren lassen. Stattdessen sollten diejenigen Marktteilnehmer belastet werden, die die Zahlungsmittel vom Markt zurückhalten (horten).

Mit seiner Aussage zum Negativzins in Japan hat der Economist zwar tendenziell Recht, mit dem Inflation-Targeting hatte Silvio Gesell dagegen nichts zu tun. Die Doppelstrategie minimaler Negativzinsen bei gleichzeitig angestrebter Inflation, die nicht nur von der Bank of Japan, sondern auch von der Europäischen Zentralbank verfolgt wird, ist nur die Konsequenz aus einer bislang unvollendeten Zinspolitik. Willem Buiter spricht von einer noch bestehenden »Asymmetrie«, die überwunden werden muss.

Einige Monetärökonomien wie Willem Buiter, Miles Kimball, Kenneth Rogoff und Marvin Goodfriend haben heute wieder eine Ahnung von der Bedeutung Gesells, wengleich er bislang noch unzureichend rezipiert wird. Solange das Bargeld nicht in die negative Verzinsung einbezogen wird, kann es keine wirklich effektiven Negativzinsen geben. ■

**Unterstütze  
unseren Aufruf  
»Eine stabile Währung  
durch Haltegebühr  
auf Geld«:  
[www.geldreform.eu](http://www.geldreform.eu)**

Gesells Traum eines rottenden und rostenden Geldes, wenn auch nur um 2% jährlich.«

Der minimale Negativzins in Japan, der zudem durch Freibetragsregelungen (tiering) abgeschwächt wird und nicht auf die Gutha-

1 »Why sub-zero interest rates are neither unfair nor unnatural – When borrowers are scarce, it helps if money (like potatoes) rots«: [www.economist.com/news/finance-and-economics/21736140-when-borrowers-are-scarce-it-helps-if-money-potatoes-rots-why-sub-zero](http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21736140-when-borrowers-are-scarce-it-helps-if-money-potatoes-rots-why-sub-zero)

# Bargeldhortung ist ~~kein~~ Problem

Das Bargeld veranlasste Helmut Creutz zu seinen Lebzeiten zu verschiedenen Analysen, die er auch grafisch umgesetzt hat. Besonders nach dem Ausbruch der Finanzkrise beobachtete er die Entwicklung der Bargeldmenge genau. Im Zuge der Niedrigzinspolitik rückt das Problem der Geldhortung verstärkt in den Fokus.

**I**n der Fairconomy vom September 2009 gab Helmut Creutz unter der Überschrift »Die Geldhortung ist sichtbar geworden« die Entwicklung des sogenannten Banknoten-umlaufs in Deutschland ab 1985 wieder. Er betonte dabei, dass es sich in Wirklichkeit nur um »den in Umlauf gegebenen« Bestand an Banknoten handelt, von denen der größte Teil jedoch gar nicht am Umlauf beteiligt ist. Das galt und gilt ganz besonders für die großen Noten.

Helmut Creutz: »Wie aus der Grafik zu ersehen, stieg das Wert-Volumen dieser herausgegebenen Banknoten von 1985 bis 1996 steil von 105 auf 260 Mrd. DM und damit um 148 % an, verblieb bis Ende 2000 auf der

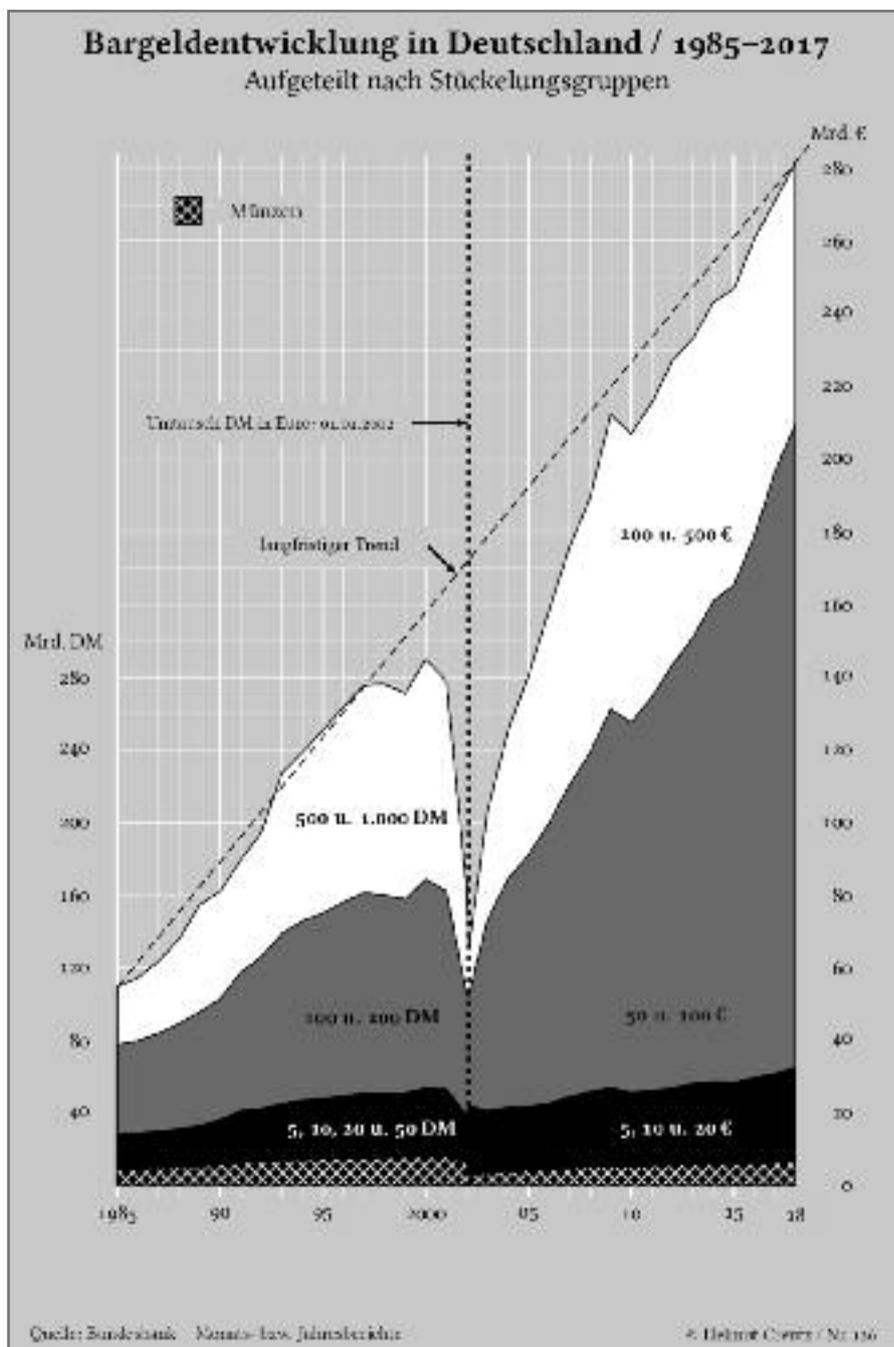
Über den Rahmen hinaus schoss jedoch die Entwicklung der 500- und 1000-DM-Scheine, die von 1985 bis 1996 mit einem Zuwachs von 226 % auf mehr als das Dreifache der

Ausgangsmenge zunahm. Damit wuchsen sie mehr als doppelt so rasch wie die Wirtschaftsleistung und ihr Anteil an der Gesamtgeldmenge stieg von 29 % auf 43 %!

**Die legale Wirtschaft kommt gut ohne große Scheine und mit rund einem Viertel der heutigen Bargeldmenge aus.**

erreichten Höhe, um dann im Jahr 2001, also vor dem Umtausch der DM gegen Euro, auf 150 Mrd. DM und damit auf 58 % des Bestands von Ende 2000 zurückzufallen.

Betrachtet man die Entwicklungen der in der Grafik markierten drei Stückelungsgruppen, dann waren die kleinen und in der Endnachfrage gängigsten Scheine an dem Anstieg bis 1996 nur geringfügig beteiligt. Sie nahmen gegenüber dem Ausgangsjahr 1985 um 90 % zu. Die im mittleren Bereich wiedergegebenen 100- und 200-DM-Noten stiegen etwas deutlicher an, nämlich um 116 %. Da das nominale Bruttoinlandsprodukt von 1985 bis 1996 um 97 % zulegen lag, lagen die Entwicklungen dieser beiden unteren Banknotengruppen zusammen also relativ im Rahmen.



**Dem Abbremsen  
der Hortung in  
500-Euro-Scheinen  
steht ein gewaltiger  
Anstieg an  
herausgegebenen  
50- und 100-Euro-Noten  
gegenüber.**

### **Anstieg der großen Noten**

Dieser übermäßige Anstieg der großen Noten, z.T. auch der 100- und 200-DM-Werte, ist im Wesentlichen mit den Geldhortungen zu erklären. Lange Zeit von der Deutschen Bundesbank bagatellisiert, ergab eine Anfang der 90er Jahre endlich in Auftrag gegebene Untersuchung, dass alleine die DM-Hortungen im Ausland bei 30 bis 40 % der herausgegebenen Banknotenwerte lagen!

Sowohl der Stopp dieser Hortungsausweitungen ab 1996, also nach Bekanntgabe des geplanten Umtauschs gegen Euro, als auch besonders der radikale Abbau dieser Bestände im letzten Jahr vor diesem Umtausch, bestätigen diese Hortungsannahme. Denn das Gros der Geld-Überschüsse wurde nur vorübergehend in andere Währungen eingetauscht oder z.T. auf Bankkonten eingezahlt. Ebenfalls zeigte sich dieser Hortungs-Tatbestand daran, dass die radikale Reduzierung der großen Noten zu keinerlei Zahlungsmittel-Knappheiten auf den deutschen Märkten führte.«

Man könnte es noch drastischer ausdrücken als Helmut Creutz damals: Die legale Wirtschaft kommt gut ohne große Scheine und mit rund einem Viertel der heutigen Bargeldmenge aus!

### **Nach der Euro-Einführung**

»Betrachtet man jetzt die Bargeldentwicklung nach dem Euro-Umtausch, so wird die geringe Reduzierung bei den kleinen Noten bereits im ersten Jahr nach dem Umtausch wieder ausgeglichen. Das gilt weitgehend auch für die mittleren Notengrößen. Bei den großen Scheinen nahm man sich mit dem Ausgleich bzw. dem Rücktausch aus den Dollar- oder Schweizer-Franken-Beständen dagegen Zeit. Erst 2005 erreichten die Bestände der großen 200- und 500-Euro-Noten wieder die Höhe von 1996-2000, um dann weiterhin steil anzuheben: Während die gesamte Euromenge von 2001 bis Ende 2008 auf das Zweieinhalbfache zunahm, stieg die Menge der großen Noten auf das Fünffache an und beanspruchte mehr als die Hälfte der gesamten Notenwerte!

*Dabei ist bekannt, dass diese Ausweitungen der großen Scheine nicht nur in Spekulationen, Hortungen und Steuerhinterziehungskassen fließen, sondern vor allem auch in kriminelle Kanäle, nicht zuletzt in jene des Rauschgift Handels. Ähnlich wie die Schweizerische Notenbank mit ihren 1000-Franken-Scheinen und im Gegensatz zur Fed, bei der die 100-Dollar-Note immer noch der größte Geldschein ist, leistet also auch die EZB mit ihren großen und für diese Geschäfte bequemen Noten gewissermaßen Beihilfe zu kriminellen Tun! Dass sie außerdem mit dieser Hortungs-Hilfe ihren eigenen Geldmengenkontrollen und Stabilitätsbemühungen entgegenwirkt, scheint sie nicht zu beachten!«*

### **Neuere Entwicklungen**

Helmut Creutz selbst hat die meisten seiner Grafiken nur bis 2010 aktualisiert, um damit die letzte von ihm selbst autorisierte Neuausgabe seines Standardwerks zu illustrieren: »Das Geld-Syndrom 2012« (Verlag Mainz). Dankenswerterweise machte sich Thomas Kubo vor einigen Jahren an die Arbeit, die Creutz-Grafiken nach und nach weiter zu aktualisieren. Die Fortschreibung der Grafik 126, in der die Geldhortung problematisiert wird, ist vor allem vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik der EZB von besonderem Interesse. Die aktuelle Verlängerung veranschaulicht für die letzten Jahre folgende Sachlage:

Thomas Kubo: Der relative Anteil der 500- und 200-Euro-Scheine an der gesamten herausgegebenen Bargeldmenge ist seit 2014 gesunken, ihr Volumen zusammen ist seither sogar in absoluten Beträgen etwas rückläufig. Seit 2014 hat die Österreichische Nationalbank, die im Eurosystem für die 500-Euro-Scheine zuständig ist, keine 500er mehr gedruckt. Der Beschluss der EZB vom Mai 2016, ab Ende 2018 keine 500-Euro-Noten mehr auszugeben, war sehr richtig, wenn gleich bemängelt werden muss, dass die bereits im Umlauf befindlichen 500er gesetzliches Zahlungsmittel bleiben sollen und bei den nationalen Notenbanken zeitlich unbegrenzt umgetauscht werden können. Doch insgesamt zeigt die Entscheidung bereits Signalwirkung.

### **Ausweichen in kleinere Stückelungen**

Dem Abbremsen der Hortung in 500-Euro-Scheinen steht jedoch ein gewaltiger Anstieg an herausgegebenen 50- und 100-Euro-Noten gegenüber, der sich seit Einführung der Negativzinsen 2014 nochmals verstärkt hat. Der Wert der 100-Euro-Scheine stieg seit Ende 2012 um fast die Hälfte von 42,5 auf 61,7 Mrd., während die absolute Steigerung

bei den 50-Euro-Noten (von 80,1 auf 115,4 Mrd.) die größte war.

Insgesamt hat sich die herausgegebene Bargeldmenge seit Ende 2012 von 233 auf 283 Mrd. Euro erhöht, was einer Steigerung von gut 21% entspricht. Diese Zahlen entsprechen dem deutschen Euro-Anteil. Die gesamte herausgegebene Bargeldmenge des Euro-Raumes hat sich im selben Zeitraum von 936 Mrd. auf 1.199 Mrd. erhöht.

Ein Seitenblick auf die Schweiz ergänzt das Bild (neu Nr. 126a, siehe S.6). Dort ist die herausgegebene Bargeldmenge noch stärker, ja geradezu exponentiell, angestiegen: Von 51,8 Mrd. Schweizer Franken (CHF) im Jahr 2011 auf 75,1 Mrd. Franken im Jahr 2016, also um beinahe 50 %, wobei die Steigerung vor allem bei den 1.000-Franken-Noten zu verzeichnen war. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, weil sich ja gerade diese Noten besonders zum Horten eignen.

Helmut Creutz wurde nicht müde, die Pro-



bleme der Geldhortung anzusprechen. Er wies wie oben beschrieben darauf hin, dass bereits der Begriff »Bargeldumlauf« ungenau ist. Die herausgegebene Menge an Bargeld ist nie dieselbe Menge, die im Wirtschaftskreislauf aktiv ist. Der Begriff »Umlauf« suggeriert jedoch, dass alles Bargeld sich gleichermaßen im Umlauf befindet, was nicht der Fall ist. Anders ausgedrückt: Ein 100-Euro-Schein, der ein Mal im Jahr umläuft, ist wirtschaftlich nur halb so wirksam wie ein 50-Euro-Schein, der vier Mal im Jahr umläuft.

### **Bargeld und Niedrigzins**

Die Niedrigzinspolitik hat gesamtwirtschaftlich betrachtet bereits segensreiche Auswir-

kungen gehabt. Die Bankzinsenerträge deutscher Kreditinstitute sind von ehemals 441 Mrd. im Jahr 2008 auf 182 Mrd. Euro 2016 gesunken; eine gewaltige Entlastung! Der deutsche Staat kommt ohne Neuverschuldung aus. Die durch die Rezession europaweit stark gestiegene Arbeitslosigkeit ist wieder zurückgegangen.

Durch die Niedrigzinsen ist jedoch nun das eingetreten, was das Bargeld zum Dreh- und Angelpunkt im Geldsystem macht: Den Geldhaltern entgeht für den Liquiditätsvorteil des Geldes, den sie momentan genießen, keine Rendite am Geld- und Kapitalmarkt.

Dies wird zunehmend zum Problem: Bargeldhortung wird bei niedrigsten Zinsen und geringer Inflation als nahezu risikolose Geld»anlage« attraktiv, zumal einige Banken

kreislauf eingeschleust wird. Dies könnte bei anziehender Inflation der Fall sein.

### Umlaufsicherungsgebühr wird immer dringlicher

Doch das Dilemma ließe sich auflösen: Mit einer Umlaufsicherungsgebühr auf Bargeld kann es bei den Hörnern gepackt werden, ohne auf die positiven Effekte niedriger Zinsen verzichten zu müssen!

Helmut Creutz schrieb dazu bereits 2009: »Die fragwürdigen Entwicklungen der Geldmenge lassen noch einmal erkennen, welche Beruhigungen in die Volkswirtschaften

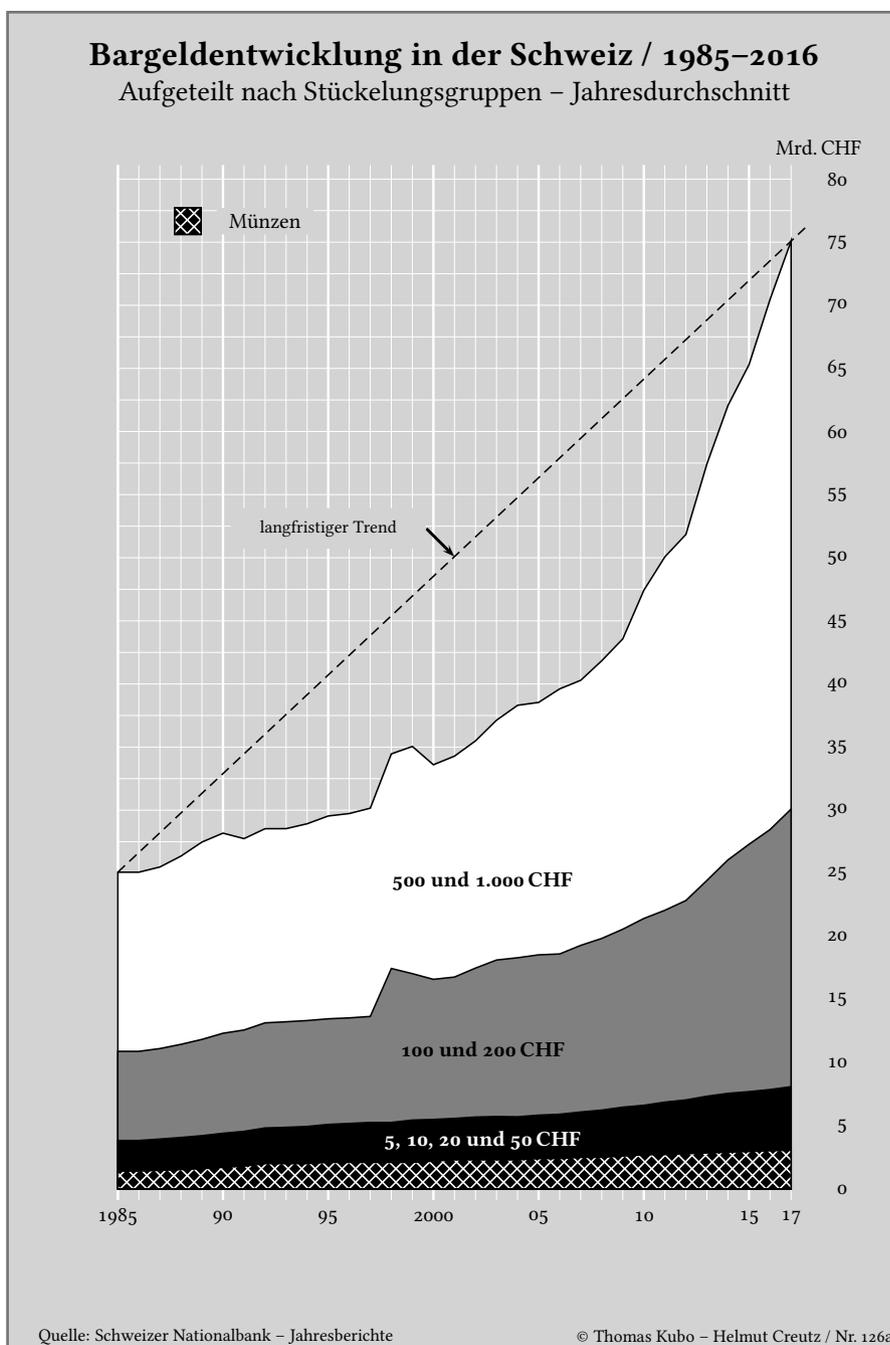
einkehren könnten und wie sehr sich die Geldmengensteuerung vereinfachen ließe, wenn endlich die herausgegebene Geldmenge mit der tatsächlich am Markt erforderlichen nachfragenden Geldmenge in Übereinstimmung gebracht werden würde. Konkret: Wenn der von der Bundesbank immer als »umlaufende Geldmenge« bezeichnete Bestand auf die tatsächlich erforderliche nachfrageaktive Menge reduziert würde, wie ja von der Geldreformbewegung angestrebt.«

Helmut Creutz (†) und Thomas Kubo

**Durch die Niedrigzinsen ist nun das eingetreten, was das Bargeld zum Dreh- und Angelpunkt im Geldsystem macht: Den Geldhaltern entgeht für den Liquiditätsvorteil des Geldes, den sie momentan genießen, keine Rendite am Geld- und Kapitalmarkt.**

schon damit begonnen haben, Negativzinsen auf Guthaben zu erheben. Die Nachfrage nach Bargeld steigt daher weiter stark an. Die Notenbank sieht sich genötigt, zur Wahrung ihres Auftrages noch mehr Bargeld herauszugeben, und koppelt die Bargeldmenge so von der realen Wirtschaftsleistung ab.

Damit haben sich die Notenbanker ein Dilemma geschaffen: Auf der einen Seite entsteht bei einer Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit bzw. bei einer abnehmenden *wirksam umlaufenden* Bargeldmenge Deflationsgefahr. Auf der anderen Seite wächst mit zunehmender Ausgabe frischen Bargelds ein erhebliches verdecktes Inflationspotenzial heran, das realisiert wird, sobald die überschüssige, nun erhöhte Menge an gehortetem Bargeld wieder in den Wirtschafts-



# Historisches Freigeld-Experiment in Lignières-en-Berry

Eine drückende Steuerlast und Inflation, Absatzschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit und Landflucht – im Frankreich der 1950er Jahre gab es viele unzufriedene Händler, Handwerker und Arbeiter. In Lignières-en-Berry erkannte man, woran die Wirtschaft krankte: an mangelhaftem Geldumlauf.

**I**n Frankreich gab es nach dem Zweiten Weltkrieg keine Währungsreform. Wie in allen Ländern des Bretton-Woods-Systems kam es auch hier zu einer erheblichen Inflation. Allein im August 1957 wurde der französische Franc um fast 17 Prozent abgewertet. Wie der kleinen Gemeinde Lignières-en-Berry im Herzen Frankreichs erging es vielen Landgemeinden: Sie hatte in fünfzig Jahren rund die Hälfte ihrer Einwohner verloren, die Jugend zog auf der Suche nach bezahlter Arbeit in die Städte und Lignières drohte zu überaltern. Der Uhrmacher Pierre Tournadre und der Kinobetreiber Georges Lardeau wollten sich nicht

ligit gewesen, im Fürstentum Monaco nach dem Vorbild der österreichischen Gemeinde Wörgl ein Freigeld einzuführen. Doch dieser »Valor« wurde 1935 von den Behörden verboten. Nun sah der alte Soriano die Chance, in der französischen »Freien Gemeinde« einen neuen Versuch zu starten. »DAS GELD«, so erklärte Soriano, »ist ein fetzen papier. Es dient lediglich als beförderungsmittel zum wohlstand. Ein schein, den man hortet, den man in den strumpf steckt, ist wie ein eisenbahnwagen, der mit seiner gesamten ladung auf einem abstellgleis stehen gelassen wird. Er rührt sich nicht vom fleck und ist niemandem nütze. Die ladung aber verdirbt. Ein neues geld mußte her, ein geld, bei dem die trägheit bestraft wür-

durch wanderten die Scheine schnell durch die Hände der Bürger von Lignières, die sie sich 1:1 gegen Francs besorgten, später 1:1,05 (mit 5% Rabatt). Ende August waren bereits Kaufgutscheine im Gegenwert von 26.200 Francs im Umlauf, im Dezember 1957 waren es 63.500. Es brauchte jedoch nur mehrere Hundert Scheine, die regelmäßig den Besitzer wechselten. Dennoch zogen insbesondere die Geschäftsleute es vor, die Scheine gegen 2% Umtauschgebühr wieder in Francs umzutauschen, statt nur 1% Umlaufsicherungsgebühr zu zahlen – »ein seltsames psychologisches Phänomen«, wie Spier bemerkte. Damit schädigten sich die Geschäftsleute ja selbst, denn da der Erlös aus dem Markenverkauf in neue Kaufgutscheine verwandelt wurde, galt: Je mehr Marken geklebt wurden, desto mehr Scheine im Umlauf, desto höher der Umsatz.

## »Mutigen Herzen ist nichts unmöglich«

Der 5%-Rabatt ab April 1957 erregte landesweit Aufsehen. Verschiedene andere Städte stellten Überlegungen zur Nachahmung an. Das rief die Regierung auf den Plan, die bereits im Oktober 1956 erfolglos versucht hatte, mit einem Gesetz die Parallelgeldausgabe zu verbieten. Im Juni 1957 wurde die Justizpolizei nach Lignières geschickt, doch diese konnte den Organisatoren des Freigelds keine Verfehlungen nachweisen. Sie hatten sich an Paragraph 13 des Finanzgesetzes von 1945 gehalten, in dem es sogar ausdrücklich hieß, die Hortung von Banknoten sei zu vermindern. Erst am 24. Dezember 1958 wurde unter De Gaulle ein Passus in Art. 136 des Strafgesetzbuches eingefügt, der Gefängnisstrafen von 1-5 Jahren und Geldstrafen bis zu 20 Millionen Francs für die Inumlaufsetzung nicht-staatlicher Zahlungsmittel verhängte. Zwar weiß Rudolf Spier noch zu berichten, dass Tournadre und Lardeau trotzdem weitermachten, gemäß ihrem Motto »Mutigen Herzen ist nichts unmöglich«. Da jedoch in der Zeit danach die Berichte über Lignières verstummen, kann man davon ausgehen, dass die Teilnehmer an diesem durchaus erfolgreichen Experiment durch diese Strafandrohungen ausreichend eingeschüchtert wurden. ■  
Beate Bocking



damit abfinden und gründeten die »Freie Gemeinde von Lignières-en-Berry«, in der eine Vereinigung der Geschäftsleute und Handwerker ab dem 12. April 1956 die Modernisierung der Stadt vorantreiben wollte. Zunächst versuchte man, die örtlichen Märkte mit einem Rabattmarkensystem zu beleben.

## »Freie Gemeinde« mit Freigeld

Nachdem er einen Zeitungsbericht über Lignières gelesen hatte, wandte sich alsbald ein Juwelier aus Monte Carlo Namens M. Soriano an Tournadre und Lardeau. Dieser Soriano war mit den Ideen Silvio Gesells vertraut, denn er war bereits 1934 an den Bemühungen betei-

de.« Das schreibt Rudolf Spier in seiner 1961 erschienenen, liebevoll und aufwändig gestalteten zweisprachigen Dokumentation »Une solution – ein ausweg«.

## Umlaufsicherung gewöhnungsbedürftig

An einem Augustsonntag 1956 fand so der erste umlaufgesicherte »Bon d'Achat« (Kaufgutschein) seinen Weg in den Klingelbeutel der Kirche von Lignières. Auf seiner Rückseite waren wie beim Wörgler Freigeld 12 Monatsfelder gedruckt, die mit einer Marke von 1% des Werts beklebt werden mussten, um die Gültigkeit des Scheins zu erhalten. Da-

# Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Interview mit Steffen Henke



**Steffen, wollen wir doch gleich mal zur Sache kommen: Wie viel Geld besitzt du gerade?**

Ich habe meist immer etwas Bargeld dabei, ich finde Bargeld toll, schließlich kann man damit anonym bezahlen. Das gefällt mir. (Er lächelt.)

**Für dich ist also nur Bargeld richtiges Geld? Und was ist mit dem Geld auf deinem Bankkonto?**

Geld sind nur Bargeld und die Beträge, die die Banken bei den nationalen Notenbanken als Mindest- und Überschussreserven liegen haben. Denn diese finanziellen Mittel können jederzeit und ohne Einschränkung als Bargeld von den Geschäftsbanken abgerufen werden. Die Einlagen auf meinem Girokonto sind dagegen nur eine Forderung auf Bargeld bzw. Zentralbankgeld gegenüber dem kontoführenden Institut. Unterstellen wir, es gäbe keine Einlagensicherung und die kontoführende Bank wäre pleite, dann ist meine Einlage weg. Spätestens jetzt ist der Unterschied zwischen Geld, das heißt Zentralbankgeld, und einer Forderung auf Geld spürbar.

**Du definierst also Geld als Zentralbankgeld?**

Wenn ich das Wort »Definition« höre, fällt mir oft eine Formulierung ein, die ich von Dirk Löhr hörte. Es gibt keine falschen oder richtigen Definitionen, es gibt nur unzweckmäßige oder zweckmäßige. Wenn Einlagen und Zentralbankgeld zu sogenannten Geldmengen zusammengefasst werden, wie es die Wirtschaftswissenschaft umsetzt, werden viele Vorgänge schwer verständlich. Ich meine, den Nebel können wir nur lichten, wenn wir deutlich zwischen Zentralbankgeld und Einlagen, die lediglich Forderungen auf Zentralbankgeld sind, unterscheiden.

**Die Einlagen bei Geschäftsbanken dürfen also streng genommen nicht als »Geld« bezeichnet werden. Würden die Bürger nicht auf die Barrikaden gehen, wenn sie plötzlich kein »Geld« mehr auf dem Konto hätten?**

Es gibt kein Geldsystem ohne Vertrauen. In Griechenland 2012 hat man das zum Beispiel gesehen. Schwindet das Vertrauen, versuchen die Menschen, an ihr Bargeld heranzukommen. Dies funktioniert in solchen Krisensituationen nur eingeschränkt. Stößt das gesamte System an seine Grenzen – was sy-



Steffen Henke

stembedingt passieren muss –, hilft auch das nichts. Die Bürger sollten die grundlegenden Mechanismen eines Geldsystems verstehen. Ich habe sie in meinem Buch in Form der fünf Hauptsätze der alternativen Wirtschaftswissenschaft zusammengefasst. Über meine gemeinnützige Gesellschaft versuche ich dem Erkenntnisprozess rund ums Geld wertvolle Impulse zu geben, so wie es die INWO Deutschland mittlerweile seit mehreren Jahrzehnten ebenfalls erfolgreich macht.

Verwenden wir einen Zins größer null Prozent als sogenannte Geldumlaufsicherung, bricht das System in regelmäßigen Abständen zusammen. Dies ist mit viel Leid verbunden. Die Bürger sollten also »auf die Barrikaden gehen«, um mit deinen Worten zu sprechen, wenn sie die Destruktivität von exponentiellen Wachstumsprozessen durch den Zinseffekt verinnerlicht haben, und dann auf der Straße Fließendes Geld fordern, vergleichbar mit den Vorgängen 1989 in der DDR.

**Das ist eine schöne Vorstellung: Die Bürgerinnen und Bürger erkennen endlich die Bedeutung des Geldsystems und gehen auf die Straße, um umlaufgesichertes Geld zu fordern! ... Aber nochmal zurück zu den Geldmengen: Das Eurosystem stellt bei seiner monetären Analyse die Entwicklung der Geldmenge M3 in den Mittelpunkt. Für das Wachstum von M3 wurde sogar als Orientierungsgröße ein Referenzwert von jährlich 4,5 % festgelegt. Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten, Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen sind für dich aber gar kein Geld. Befasst sich die EZB also mit den falschen Größen?**

Nein, keineswegs. Zentralbanker müssen die Entwicklung der verschiedenen Aggregate beobachten. Das steht jedoch nicht im Widerspruch dazu, dass wir zum besseren Verständnis ordentlich zwischen Geld und Forderung auf Geld unterscheiden müssen. Problematisch finde ich, dass bei M1, M2 und

M3 von »Geld«mengen gesprochen wird. Ich habe unzählige Artikel gelesen, bei denen der jeweilige Autor den Begriff »Geldmenge« verwendete, jedoch nicht erklärte, welche Aggregate er damit meinte. Das verwirrt nur.

Ein Beispiel: M1 vereint das im Umlauf befindliche Bargeld und täglich fällige Sichteinlagen unter dem Namen »Geldmenge M1«. Bargeld, welches in Tresoren von Geschäftsbanken liegt, zählt nicht dazu. Wenn Marktteilnehmer Bargeld am Automaten ziehen, erhöht sich die im Umlauf befindliche Bargeldmenge. Gleichzeitig reduziert sich das Volumen an täglich fälligen Sichteinlagen um denselben Betrag; M1 bleibt demnach bei diesem Vorgang unverändert. Betrachtet man nun die von mir definierten Mengen G0 (Zentralbankgeld im Umlauf) und E1 (täglich fällige Sichteinlagen) werden die Veränderungen der Größen sofort sichtbar. Dann wird auch sichtbar, dass sich beim Geld, also dem Zentralbankgeld, etwas ändert.

**In deinem Buch behandelst du auch die Themen Geldschöpfung und Vollgeld. Dabei lehnt du den Glauben an eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ab. Manche Vollgeld-Anhänger gehen ja ziemlich naiv davon aus, Banken könnten bei der Kreditvergabe völlig unproblematisch einfach die Bilanz verlängern.**

**Allerdings kommst du selbst zu einem bemerkenswerten Fazit. Ich zitiere: »Wenn also erstens keine spiegelbildlich stattfindenden Kreditvergaben und die zugehörigen Überweisungen den Bilanzausgleich bewirken (Stichwort: Saldierung), zweitens die Kreditinstitute sich untereinander nicht vertrauen und damit kein Bilanzausgleich über dem Interbankenhandel erfolgen kann, wird Zentralbankgeld in voller Kredithöhe gebraucht.« Heißt das nicht im Umkehrschluss, dass sich die Geschäftsbanken durch Saldierung gegenseitiger Ansprüche sowie durch die jahrzehntelange Ausweitung**

### **des Interbankenhandels vom Zentralbankgeld gelöst haben?**

Zuerst ein Satz zu den Protagonisten des Vollgeldes. Ungeachtet aller Kritik meinerseits fühle ich mich mit diesen Menschen verbunden. Oft sind das Personen, die sich engagiert für alternative Wege beim Geldsystem einsetzen, und die werden dringend gebraucht.

Nun bin ich bei meinen Untersuchungen auf andere Ergebnisse gekommen als die Vollgeldvertreter. Diese Ergebnisse beschreibe ich in meinem Buch und suche den Dialog bei wertschätzender Kommunikation. Das Thema ist für unsere Zukunft viel zu wichtig, als dass hier Eitelkeiten eine Rolle spielen sollten.

**Bei Fließendem Geld wird eine Gebühr in Höhe von 4-6 % pro Jahr auf Geld erhoben. Mindestens acht von zehn Menschen gewinnen finanziell durch eine solche Systemumstellung.**

Oft wird, wie du selbst auch eben formuliert hast, von Freunden des Vollgeldes eine sogenannte Bilanzverlängerung der privaten Geschäftsbanken kritisiert. Wenn ich jedoch in einem Vollgeldsystem mein Vollgeld an eine Geschäftsbank übertrage und das betreffende Institut daraufhin das Vollgeld an einen Kreditnehmer verleiht, ist die Bilanz ebenfalls verlängert. Nicht schlüssig ist, wenn die Einlage im aktuellen System als Geld bezeichnet wird, jedoch die Einlage, die durch Übertragung von Vollgeld an eine Geschäftsbank entsteht, nicht als Geld bezeichnet wird.

Dieselben Aggregate sollten beim wissenschaftlichen Ansatz denselben Namen tragen. Bei der Kreditvergabe privater Geschäftsbanken entsteht weder im Vollgeldsystem noch im aktuellen System Geld. Es handelt sich um Buchungssätze, die ich in meinem Buch darstelle. Entscheidend ist die Frage: Warum wird im Vollgeldsystem Vollgeld an eine Geschäftsbank übertragen oder, bezogen auf das aktuelle System: Warum wandelt ein Einleger seine täglich verfügbare Sichteinlage in eine Einlage mit vereinbarter Laufzeit um? Wird ein Zins größer null Prozent verwendet, bricht das System in regelmäßigen Abständen zusammen.

### **Du lenkst stattdessen den Fokus auf die Fristigkeiten der Aktiv- und Passivseite von Geschäftsbanken. Sind die Banken bei der Fristentransformation zu weit gegangen?**

Ich freue mich sehr, dass du das Thema Fristentransformation ansprichst, es ist elementar. Schauen wir noch einmal zum Vollgeld. Ich übertrage Vollgeld an eine Geschäftsbank für drei Jahre. Für welche Laufzeit darf das Kreditinstitut jetzt mein angelegtes Vollgeld verleihen? Für drei Jahre, damit ich sicher mein Vollgeld nach drei Jahren zurückbekommen kann? Träfe dies zu, hieße das, dass Vollgeld-Anhänger Fristenkongruenz fordern. Laufzeiten von Einlagen und Krediten müssten weitgehend übereinstimmen. Von einer solchen Forderung habe ich jedoch in den Werken der Hauptprotagonisten des Vollgeldes nichts gelesen. Oder darf die Bank mein Vollgeld auch für einen längeren Zeitraum als drei Jahre verleihen? In diesem Fall stellt sich mir sofort die Frage, woher die Bank das Vollgeld nach drei Jahren nimmt, wenn ich es zurückerhalten möchte und zu wenig frisches Vollgeld zum betreffenden Institut geflossen ist? Von der Zentralbank kann es eigentlich nicht kommen, weil die meisten Vollgeld-Befürworter erklären, dass zusätzliches Vollgeld durch zins- und tilgungsfreie Übertragung an den Staatshaushalt in den Umlauf gelangt.

## **Definitionen der Geldmengen (G0, G1 und G2) und Einlagenmengen (E1, E2, E3 und E4) in der überarbeiteten Fassung von Steffen Henke:**

**G0:** Banknoten und Münzen, die sich im Umlauf außerhalb des Bankensystems bei den Nichtbanken befinden (ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken, mit Banknotenumlauf im Ausland)

**G1:** G0 zuzüglich Zentralbankgeldbestand der Kreditinstitute bei der Zentralbank (Mindestreserven + Überschussreserven)

**G2:** G1 zuzüglich Kassenbestände der Geschäftsbanken

**E1:** täglich fällige Sichteinlagen der Nichtbanken bei den Geschäftsbanken

**E2:** E1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu drei Monaten

**E3:** E2 zuzüglich Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlichkeiten, Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren

Einerseits ist die Fristentransformation eine wichtige Aufgabe von Banken. Andererseits haben es Kreditinstitute wegen Gewinnmaximierung bei der Fristentransformation zu weit getrieben und sind dabei hohe Risiken eingegangen. Doch schon heute stehen die Werkzeuge zur Verfügung, hier den Banken Grenzen zu setzen, ich verweise zum Beispiel auf Paragraph 11 des Kreditwesengesetzes. Allerdings befinden wir uns seit Jahren im Krisenmodus, da wird offensichtlich alles getan, damit noch etwas auf dem Vulkan weitergeatmet werden kann.

**Die Vollgeld-Anhänger sagen: Vollgeld soll Zentralbankgeld sein. Einige Zentralbanken, wie die von Schweden oder die Bank of England, erforschen bereits die Möglichkeit eines »Zentralbankkontos für alle«. Wäre das eine Möglichkeit?**

Nein, das ist nicht notwendig. Wir befinden uns nicht in der Krise, weil »Nichtbanken« ein Zentralbankkonto fehlt. Die Krise ist entstanden, weil wir nun seit 70 Jahren die falschen Geldumlaufsicherungen verwenden: einen Zins größer null Prozent und Inflation.

**Menschen fühlen sich wohl, wenn das Geld krisenfrei möglichst gleichmäßig im Wirtschaftskreislauf zirkuliert.**

des Geld nimmt der Wirtschaft den Wachtumszwang, so wäre ein Umstellen auf eine nachhaltige Ökonomie machbar. Deshalb wünsche ich mir, dass sich Umweltschutzverbände stärker mit dem Geldsystem auseinandersetzen.

**Die Vollgeld-Idee wirkt verlockend, weil ihre Anhänger behaupten, durch die Einführung von Vollgeld könnte durch die Seignorage-Gewinne bei der Schöpfung die Staatsverschuldung stark reduziert werden. Ist da was dran?**

leistung überhaupt kein zusätzliches Geld gebraucht!

Unterstellen wir einmal null Prozent Wirtschaftswachstum. Nehmen wir weiterhin an, dass der Markt durch das in Umlauf befindliche Geld vollständig geräumt wird, und dies bei möglichst konstanter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Wenn demnach kein Geld gehortet wird, sondern das von der Zentralbank ausgegebene Geld nachfragewirksam zum Einsatz gelangt, wird kein zusätzliches Geld benötigt. Und das ohne jeden Wohlstandsverlust – im Gegenteil, der Wohlstand steigt bei stetiger Konjunktur.

Eine der Kernfragen in jedem Geldsystem ist demnach: Wie wird organisiert, dass die Marktteilnehmer das Geld nicht horten? Man kann das mit einem Zins größer null Prozent realisieren, aber daraus ergeben sich destruktive exponentielle Wachstumsprozesse. Das traurige Ergebnis können wir heute an vielen Stellen erkennen. Laut McKinsey sprechen wir weltweit von einem Schuldenberg von mittlerweile über 200 Billionen US-

## Die Quantitätstheorie des Geldes

Die Quantitätstheorie des Geldes ist eine Wirtschaftstheorie, die unter bestimmten Voraussetzungen eine kausale Abhängigkeit des Preisniveaus von der Geldmenge annimmt.

### Herleitung

Ausgangspunkt der Darstellung kann eine Verkehrs- oder Quantitätsgleichung bilden, die letztlich aussagt, dass die in einem bestimmten Zeitraum umgesetzte Geldmenge gleich dem geldlich bewerteten Güterhandel einer Volkswirtschaft ist:

$$M \times V = P \times Y$$

Dabei steht M für die Geldmenge, V für die Geldumlaufgeschwindigkeit, P für das Preisniveau und Y für das Handelsvolumen (von realen Gütern), das stark mit dem BIP (Bruttoinlandsprodukt) korreliert. Deshalb wird in vielen Darstellungen der Quantitätsgleichung auch das BIP mit dem Y gleichgesetzt. Diese Darstellung ist

aber strenggenommen falsch, da das Handelsvolumen unter anderem durch die Lagerbestandsveränderungen vom BIP abweicht.

Quelle: [de.wikipedia.org/wiki/Quantitätstheorie](http://de.wikipedia.org/wiki/Quantitätstheorie)

Die englische Ausgabe der Wikipedia kommt zu dem Schluss:

»Während Marx, Keynes und Friedman also alle die Quantitätstheorie akzeptierten, legten sie jeweils eine andere Betonung darauf, welche Variable die treibende Kraft von Preisänderungen sei. Marx betonte die Produktion, Keynes Einkommen und Nachfrage und Friedman die Geldmenge.«

Quelle: [en.wikipedia.org/wiki/Quantity\\_theory\\_of\\_money](http://en.wikipedia.org/wiki/Quantity_theory_of_money)

Man könnte ergänzen, dass **Silvio Gesell** im Unterschied zu diesen drei Ökonomen zuvorderst die **Umlaufgeschwindigkeit** des Geldes im Blick hatte. Ihre Verstetigung ist der Schlüssel zur Lösung der heutigen Geldprobleme.

Dadurch haben sich Guthaben und Verpflichtungen (Schulden ist ein unglückliches Wort) exponentiell aufgebläht, jedoch kann nichts auf der Welt zeitlich unbegrenzt exponentiell wachsen. Auch nicht unsere Wirtschaftsleistung. Den Fehler im Geldsystem mit Wirtschaftswachstum kompensieren zu wollen, ist also ein klarer Irrweg. Einer der Höhepunkte des Wahnsinns ist ein Wirtschaftswachstumsbeschleunigungsgesetz. Wir leben in einer Welt mit begrenzten Ressourcen, wir brauchen neue Wege. Fließen-

Ich frage mich, warum die Vollgeld-Anhänger davon ausgehen, dass immer neues Geld geschöpft werden muss! Steht nicht viel mehr die Frage im Raum, wie das bereits ausgegebene Geld in der Wirtschaft zirkuliert und möglichst krisenfrei dafür sorgt, dass der Markt mit seinem Waren- und Dienstleistungsangebot immer wieder geräumt wird? Bei einer konstanten Geldumlaufgeschwindigkeit, wie das Fließende Geld sie bewirken würde, würde bei unveränderter Wirtschafts-

Dollar. Allerdings stehen diesen Verpflichtungen eins zu eins Guthaben gegenüber, eine der größten Blasen, die die Geschichte gesehen hat.

Die alternative Umlaufsicherung ist ein Zins kleiner null Prozent, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist. Ich spreche absichtlich nicht von Negativzinsen, da das Wort »negativ« eine ungünstige Konnotation hat. Der Begriff Negativzinsen wird leider oft propagandistisch eingesetzt, meist von Freunden des bestehenden Systems.

# Steffen Henke

Seit über 27 Jahren arbeitet Steffen Henke als selbständiger Finanzkaufmann im Dienstleistungsbereich. 2006 gründete er eine Firma für Personaltrainings. Die Erkenntnis der Wirkungen unseres Geld- und Finanzsystems hat seinem Verständnis für heutige Wirtschaftssysteme zu einer neuen Qualität verholfen. Damit diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit diskutiert werden, setzt er sich dafür ein, dass die entsprechenden Informationen verbreitet werden. Er ist Gesellschafter und Geschäftsführer der in Leipzig ansässigen gemeinnützigen Gesellschaft »Neues Geld«. Diese diente auch als Träger eines der größten Events: »Lust auf neues Geld?« am 9. Juni 2012 in der Arena in Leipzig. Es kamen über 1.500 Gäste. Im Dezember 2017 veröffentlichte Steffen Henke sein Buch: »Fließendes Geld für eine gerechtere Welt« im Tectum Verlag in der Rubrik Wissenschaft.

Steffen Henke

## Fließendes Geld für eine gerechtere Welt

Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat



### Beim »Fließenden Geld« spielt also der Geldumlauf die entscheidende Rolle...

Jetzt erscheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass prinzipiell zwei Fragen deutlich unterschieden werden sollten: 1.) Wie gelangt neues Geld in den Wirtschaftskreislauf? und 2.) Wie bleibt das bereits ausgegebene Geld im Wirtschaftskreislauf? Hier noch einmal der Hinweis, dass ich, wenn ich von Geld spreche, immer Zentralbankgeld meine. Übrigens habe ich mir kürzlich den Vortrag von Prof. Dr. Martin Hellwig angehört, den er auf dem Bargeldsymposium der Deutschen Bundesbank am 14. Februar 2018 hielt. Er ist im Internet zu finden. In seinem Referat betont Hellwig, er halte es für problematisch, wenn so getan werde, als wäre alles, wofür das Wort Geld verwendet wird, dasselbe.

Zurück zu deiner Frage. Ja, Menschen fühlen sich wohl, wenn das Geld krisenfrei möglichst gleichmäßig im Wirtschaftskreislauf zirkuliert. Dies kann mit einem Zins kleiner null Prozent oder anders gesagt mit einer Gebühr auf Geld erreicht werden. Dieser Gebühr kann man leicht entgehen. Entweder gibt man sein Geld aus oder man legt es mittelfristig an. Ziel der Anlage ist dann nicht, mehr zurückzufordern, als man gegeben hat, sondern das zurückzuerhalten, was man zuvor investiert hat. Bei null Prozent Inflation bleibt nun das Geld wertstabil.

### Alle versuchen also, der Gebühr zu entgehen?

In einer krisenfreien Wirtschaft ist es wichtig, dass das Geld seine Zahlungsmittelfunktion optimal erfüllt. Das Geld sollte möglichst gleichmäßig im Wirtschaftskreislauf zirkulieren, dann fühlen wir Menschen uns wohl. Die Personen, die ihre monatlichen Einnahmen zur Lebensführung vollständig benötigen, sind von der Gebühr so gut wie nicht be-

troffen. Diejenigen, die von ihrem Einkommen etwas übrig haben, können es mittel- bis langfristig anlegen, damit es in dieser Zeit andere Marktteilnehmer nutzen können. Auch dann fallen keine Kosten an. Ich möchte noch einmal betonen, dass mathematisch exakt die sehr große Mehrheit beim Umstellen auf Fließendes Geld einen nachweisbaren monetären Vorteil bekommt.

### Interessant finde ich, was du in deinem Buch zur Quantitätsgleichung sagst. Du misst ihr noch immer grundlegende Bedeutung zu, nicht wahr?

Ja, auf jeden Fall. Die Quantitätsgleichung verliert dann ihre Aussagekraft, wenn nicht sauber zwischen Geld und Forderung auf Geld unterschieden wird. Darüber hinaus ist es wesentlich, bei der Geldmenge die nachfragewirksame Geldmenge heranzuziehen. Banknoten, die in Ländern mit hohen Inflationsraten als Wertspeicher gehortet werden, sollten beispielsweise unberücksichtigt bleiben. Ich war vor vielen Jahren in der Türkei im Urlaub. Ein Busfahrer erhielt bei einer Fahrt von den meisten Gästen ein oder zwei Euro Trinkgeld. Ich stieg als letzter Gast aus seinem Fahrzeug. Er bat mich, dass ich ihm die vielen Hartgeldstücke in eine Banknote tausche, warum wohl?

**Die Quantitätsgleichung geht also vor allem deswegen nicht auf, weil die im Umlauf gegebene Geldmenge heute nicht der nachfragewirksamen Geldmenge entspricht? Anders ausgedrückt bedeutet das, dass die Umlaufgeschwindigkeit keineswegs als konstant angenommen werden kann, sondern im heutigen Geldsystem sinkt, solange die Inflation nicht deutlich anzieht.**

Ja, die ausgegebene Geldmenge weicht von der nachfragewirksamen Geldmenge im aktuellen Geldsystem exorbitant ab. Mit der schrittweisen Einführung von Fließendem Geld werden diese beiden Größen wieder zusammengeführt. Bei einer verstetigten Umlaufgeschwindigkeit wird die gesamte ausgegebene Geldmenge auch tatsächlich nachfragewirksam, da sich das Horten von Geld nicht mehr lohnt.

### Die Europäische Zentralbank hat im Juni 2014 Negativzinsen eingeführt. Warum reicht diese Maßnahme noch längst nicht aus?

Seit dem 16.3.2016 liegt der negative Einlagenzins der EZB bei -0,4 %. Dieser wird den angeschlossenen Geschäftsbanken auf Einlagen bei den nationalen Notenbanken auf Überschussreserven berechnet. Gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserven sind davon nicht betroffen. Die EZB will damit erreichen, dass Banken die Mittel als Kredite vergeben, um Wirtschaftswachstum zu generieren. Zu diesem Thema habe ich bereits etwas gesagt. Manche privaten Geschäftsbanken haben damit begonnen, diese Kosten an ihre Kunden mit voluminösen Sichteinlagen weiterzugeben. Oft werden die Vorgänge in den Leitmedien falsch dargestellt. Ziel der Geschäftsbanken ist, dass die täglich fälligen Mittel in



Fließendes Geld würde bedeuten, dass wir ohne Wachstumszwang zu den Planeten erhaltenden Produktionsweisen finden können.

Einlagen mit Laufzeit transferiert werden. Auf diese Weise wird die Fristentransformation abgeschmolzen. Banken wollen über diesen Weg ihre Risiken reduzieren.

Bei Fließendem Geld wird eine Gebühr in Höhe von 4-6 % pro Jahr auf Geld erhoben. Sollten jetzt die Leser erschrecken – es gibt keinen Grund dazu! Es ist vielleicht nicht sofort offensichtlich und dennoch genial: Mindestens acht von zehn Menschen gewinnen finanziell durch eine solche Systemumstellung. In meinem Buch habe ich das ausführlich beschrieben. Berücksichtigen wir noch die Effekte im Sinne des Umweltschutzes und der Förderung des Friedens, gewinnen alle Menschen.

**In den letzten Jahren wird von einer Reihe von Ökonomen stattdessen ein höheres Inflationsziel als »Umlaufsicherung« befürwortet. Warum lehnt du dies ab?** Inflation ist eine gefährliche, destruktive Geldumlaufumsicherung. Nehmen wir an, du brauchst dein monatliches Einkommen zu 100 Prozent für deine Lebensführung. Wenn jetzt deine Einnahmen nicht mindestens um die Inflationsrate steigen, kommst du schnell in bedrohliche Situationen. Dies ist in allen Ländern mit hohen Inflationsraten zu beobachten. Vermögende dagegen sind in der Lage, sich über Zinsnahme einen Inflationsausgleich und darüber hinaus zu beschaffen. Damit gerade Menschen mit geringen Mitteln keine Nachteile durch Inflation erleiden,

müssten ja jährlich alle Werte automatisch angepasst werden. Soziale Leistungen, Kindergeld, Renten, Zuzahlungen bei Medikamenten, Steuerfreiheit des Existenzminimums, usw. Nur, das passiert nicht. Die Politik lässt sich feiern, wenn in einem Bereich eine Erhöhung beschlossen wird. Betrachtet man die Erhöhung über mehrere Jahre, kompensiert die Mehrleistung regelmäßig noch nicht einmal den Kaufkraftverlust durch Inflation. In meinem Buch liefere ich Beispiele hierfür. Bei Fließendem Geld ist das Inflationsziel null Prozent. Die Gebühr auf Geld genügt vollständig als Geldumlaufumsicherung.

**Welche positiven Folgen erwartest du im Gegensatz zur Inflation von einer konstruktiven Umlaufsicherung bei »Fließendem Geld«?**

Für mich ist Fließendes Geld eine brillante Basis für viele weitere wertvolle Veränderungen. Nehmen wir an, die Darstellungen in meinem Buch zum Wirtschaftswachstumszwang im aktuellen Geldsystem stimmen. Dann würde Fließendes Geld bedeuten, dass wir nur unter dieser Voraussetzung zu einer den Planeten erhaltenden Produktionsweise finden können. Was meinst du, das wäre doch schon Grund genug, umzustellen? Weil wir Wachstum im aktuellen System brauchen, lassen wir es auch in komplett destruktiven Bereichen zu, zum Beispiel bei Rüstungsexporten. Mit diesen Waffen wird dann viel kaputt gemacht. Naomi Klein beschreibt in ihrem Buch »Schockstrategie«, wie Wirt-

schaftsaufträge in den USA in Verbindung mit dem Irakkrieg 2003 bereits vergeben wurden, schon bevor das betreffende Objekt zerstört war. Von den menschlichen Katastrophen mal ganz abgesehen. An manchen Tagen fällt es mir schwer, diesen ganzen Wahnsinn zu ertragen. Fließendes Geld liefert wertvolle Impulse für Frieden. Ich gebe hier das Stichwort Investitionsrechnung. Hier darauf einzugehen, würde den Rahmen des Interviews sprengen. Ich erlaube mir, auf mein Buch zu verweisen. Schon junge Menschen werden im aktuellen Geldsystem darauf konditioniert, dann zu geben bzw. Geld anzulegen, wenn sie mehr zurückerhalten, als zuvor geflossen ist. Zum Glück brechen bereits heute viele aus den destruktiven Strukturen aus, jung wie alt, und unterstützen zum Beispiel regionale Tauschsysteme oder andere gemeinwohlfördernde Projekte.

**Eine Umlaufsicherung beim Zentralbankgeld wäre wohl auch förderlich für den Erhalt der Demokratie?**

Ich stimme zu. Zinsbedingt haben sich riesige Kapitalkonzentrationen ergeben. Das Vermögen der drei reichsten Menschen entspricht dem Bruttoinlandsprodukt der 57 Länder mit dem geringsten BIP. Eine Milliarde Euro zu fünf Prozent pro Jahr angelegt, bringt dem Einleger ca. 137.000 Euro Zinsen am Tag – ein kaum vorstellbarer Umverteilungsmechanismus! Dieser wird mit Fließendem Geld gestoppt. Extreme Ungleichgewichte sind zutiefst schädlich für demokratische Strukturen. Entscheidend ist jedoch, dass es sich hier um systemische Fehler handelt. Es besteht

**Ziel einer Geldanlage ist zukünftig nicht, mehr zurückzufordern, als man gegeben hat, sondern das zurückzuerhalten, was man zuvor investierte.**

die Gefahr, dass nach Schuldigen gesucht wird, Feindbilder bedient werden, anstatt Lösungen zu diskutieren. Deshalb kann es eine Aufgabe aller Freundinnen und Freunde des Fließenden Geldes sein, dazu beizutragen, dass das Fließende Geld viel stärker auf die gesellschaftspolitische Diskussionsebene geschoben wird. Jeder noch so kleine Impuls eines jeden Einzelnen hilft. Insofern freue ich mich, dass es euch gibt! Bei euch wird ja richtig viel bewegt!

Die Fragen stellte Beate Bocking.

# Negativzinsen vor Gericht

Verbraucherschutz für Reiche? Mit ihrer Pilotklage gegen Negativzinsen hat die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg den Normalverbrauchern einen Bärendienst erwiesen. Nun müssen Altverträge gekündigt werden.

**D**as Landgericht Tübingen gab in einem Urteil vom 26. Januar der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg Recht: Die Volksbank Reutlingen darf nicht nachträglich von Bestandskunden Negativzinsen verlangen. Das Gericht hat untersagt, bei bestehenden Konten Negativzinsen zu berechnen, wenn diese nicht schon bei Vertragsschluss vorgesehen waren. »Mit einem Übergang von positiven/neutralen Zinsen zu Negativzinsen bei schon abgeschlossenen Verträgen über Sichteinlagen rechnet der Verbraucher nicht und muss damit auch nicht rechnen«, heißt es im Urteilstext. »Vielmehr hat der Verbraucher den Vertrag in der Vorstellung abgeschlossen, entweder eine geringe oder im schlechtesten Fall gar keine Ver-

blendung negativer Zinssätze in Theorie und Praxis ist, nüchtern betrachtet, kaum fassbar. Als hätte man den negativen Zahlenbereich erst zur Jahrtausendwende entdeckt. Die Banken haben es schlicht versäumt, diese Möglichkeit bei der Formulierung ihrer Verträge vorzusehen. Daher ist dieses Urteil für bestehende Vereinbarungen nun juristisch zwingend. Damit ist jedoch keineswegs ein grundsätzliches Verbot von Negativzinsen für Guthaben auf Tagesgeldkonten erteilt worden.

## Verfehlte Kritik der Verbraucherzentralen

Negativzinsen sind für 99 Prozent der Bankkunden vorteilhaft, weil sie ihnen Kosten ersparen. Seit Jahren entstehen den Kreditinstituten durch das Horten von Geld Kosten

rätselhaft. Hier geht es um Geldbesitzer, die ihr überschüssiges Geldvermögen bewusst nicht auf drei oder fünf Jahre anlegen oder investieren. Wenn es sich jemand leisten kann, beispielsweise 100.000 Euro täglich verfügbar zu halten, kann er es sich auch leisten, die dafür anfallenden Bankkosten von 400 Euro pro Jahr selber zu zahlen.

Die beklagte Bank wird diese Kosten nun, will sie nicht Verträge kündigen, wie die meisten anderen Geldinstitute auch an alle Kunden mit Girokonten weitergeben müssen, ungeachtet der Höhe ihrer Giro Guthaben. So müssen nun Rentner, Alleinerziehende und alle Bankkunden mit kleinem oder mittlerem Gehalt die Millionenkosten durch ihre steigenden Gebühren aufbringen. Was das mit Verbraucherschutz zu tun hat, ist nicht nachvollziehbar.

## Gebühr für Geldhortung volkswirtschaftlich richtig

Leider versäumt die Presse es, hier aufzuklären. Die oft irreführende Berichterstattung ist überhaupt nur dadurch möglich, dass die Bürger die Absurdität dieser Zusammenhänge nicht erfassen können. Die Geschäftsbanken sitzen tatsächlich auf Billionen Euro Guthaben, die von ihren Besitzern nicht mehr langfristig angelegt werden. Vernünftigerweise verlangt die Europäische Zentralbank für diese Geldhortung von den Geschäftsbanken einen Einlagenzins. Würden diese Kosten komplett an die Verursacher weitergegeben werden, hätte dies den Abbau der täglich fälligen Bestände durch Umschichtungen in andere Anlageformen zur Folge. Dies würde in Form weiter sinkender Kreditkosten der gesamten Volkswirtschaft und allen Bürgern zugute kommen.

Irreführende Pressemeldungen, in denen von »Strafzinsen« oder »Sparerenteignung« die Rede ist, verhindern diese absolut sinnvolle Weiterentwicklung unseres Geld- und Bankensystems. Verwundert es, dass immer mehr Bürger den etablierten Medien ihr Vertrauen entziehen? Wozu brauche ich eine Tageszeitung, wenn sie mir verquere Lobbypolitik statt objektiver Informationen bietet? ■

Klaus Willemsen

Weitere Kommentare dazu finden sich unter:  
[www.inwo.de/medienkommentare](http://www.inwo.de/medienkommentare)



zinsung seiner Einlage zu erhalten. Hingegen ist die Heranziehung zu Negativzinsen im Sichteinlagengeschäft atypisch, weil sie der Pflichtentlastung bei unregelmäßigen Verwahrungsverträgen (...) widerspricht.«

Was aus Sicht der Bankkunden, der Verbraucherzentrale und rein rechtlich einleuchtend nach Verbraucherschutz klingt, ist aus ökonomischer Sicht allerdings keineswegs im Sinne der Verbraucher. Dass eine Rendite sowohl hoch als auch niedrig oder negativ sein kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Aus-

in Millionenhöhe. Aus Furcht vor unseriöser Presse geben sie diese Kosten jedoch nicht oder nur teilweise an die Verursacher weiter, sondern verteuern möglichst unauffällig die Kontoführung für alle Kunden. Millionen Bankkunden zahlen so die Kosten, die wenige, darunter viele Spekulanten, mit hohen Summen auf Giro- und Tagesgeldkonten verursachen. Warum ausgerechnet eine Verbraucherzentrale vorgibt, jene schützen zu müssen, die ihre Ersparnisse in 5-, 6- und 7-stellige täglich fällige Einlagen umschichten, ist vollkommen

# Von der Grundsteuer zur Bodenwertsteuer

Wachsende Städte, steigende Mieten und Bodenpreise... ein Thema, das viele Bürgerinnen und Bürger bewegt. Zwar ist die Beschäftigungslage gut, aber erreichte Lohnerhöhungen werden oft von steigenden Wohnkosten aufgeessen.

**S**eit zehn Jahren wächst die Einwohnerzahl der Stadt Frankfurt am Main, auf mittlerweile 740.000 – und nur der Mangel an Wohnraum verhindert eine noch stärkere Zunahme. Zwar wurden in den letzten 15 Jahren neben einer kontinuierlichen Nachverdichtung zwei große Neubaugebiete, das Europaviertel und der Riedberg, sowie mehrere kleinere Neubaugebiete ausgewiesen und erschlossen, doch der Druck auf den Frankfurter Wohnungsmarkt hat eher noch zugenommen. Nicht nur dass sich im Zuge der Digitalisierung und Internetwirtschaft die Berufsbilder ständig weiter ausdifferenzieren und für Unternehmen nur noch Städte mit einer gewissen Größe und sehr guter Verkehrsanbindung als Standort eignen. Auch vie-

le Menschen wollen heute lieber in der Stadt oder stadtnah wohnen, statt auf dem Land, wo schon ein eigenes Auto benötigt wird, um nur zum nächsten Lebensmittelgeschäft oder Arzt zu gelangen.

Nun hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, einen »politisch gewollten neuen Stadtteil« im Frankfurter Nordwesten »ergebnisoffen« zu prüfen. Vorschläge, statt eines extensiven neuen Stadtteils auf der grünen Wiese, vor allem stadtnah unzureichend genutzte Flächen vollständig zu bebauen, wurden »aus politischen Gründen« abgelehnt. Daher entsteht nach wie vor das Bild, dass sich die Stadt und ihre Repräsentanten schwer tun, den knappen Frankfurter Boden effizient zu nutzen. Ein hinreichendes Angebot an guten und günstigen Wohnungen zu fördern, um

den Wohnungsmarkt auch für Mittelschicht und Geringverdiener nennenswert zu entlasten, liegt nicht im Fokus der städtischen Politik.

## Die Lage, der Boden und die niedrigen Zinsen

Doch auch wenn sich die Stadt zielgerichteter um günstiges Bauen kümmern würde: Bauland in Frankfurt ist knapp und mit Grundstücken lässt sich erfolgreich spekulieren und hohe Gewinne erzielen. Die hohen Mieten oder Kaufpreise speisen sich zwar schon jetzt zum Teil aus den steigenden Herstellungs- und Betriebskosten, werden aber zurzeit vor allem durch die hohen Gewinne der Grundstückseigentümer und Investoren getrieben. Entscheidend neben der allgemeinen Knappheit ist – wie nicht anders zu erwarten – die Lage. Ein Baugrundstück für Bürogebäude im Westend ist ein Vielfaches eines gleich großen Grundstücks in Sindlingen wert.

Doch neben der ungebremsen Nachfrage sind die Grundstückspreise auch aufgrund der niedrigen Zinsen gestiegen, denn der Wert eines Grundstücks errechnet sich aus den künftigen Erträgen, die mittels der (erwarteten künftigen) Zinsen auf den heutigen Tag »abdiskontiert« werden. Sprich: Je niedriger die Zinsen, desto höher schlagen sich erwartete künftige Einnahmen z.B. aus Vermietung oder Verpachtung in den Grundstückspreisen heute nieder.

Daher ist es allgemein üblich geworden, die EZB und im speziellen Mario Draghi persönlich für die niedrigen Zinsen und somit für die hohen Grundstücks- und Wohnungspreise verantwortlich zu machen. Doch so richtig und zentral der Aspekt ist, dass niedrige Zinsen die Grundstücks- und Häuserpreise in die Höhe treiben, so unzureichend bleibt das so gezeichnete Gesamtbild.

## Zinsanhebungen sind keine Lösung

Die Gesamtverschuldung aller »Nicht-Finanziellen Sektoren« liegt nach wie vor so hoch, dass schon ein EZB-getriebener Zinsanstieg auf drei Prozent direkt in die nächste Finanzkrise führen dürfte. Zwar ist die Gesamtverschuldung in vielen Staaten der Eurozone seit dem Start der Niedrigzinsphase 2014 leicht gesunken (gegenteilige Behauptungen

Von der Grundsteuer zur Bodenwertsteuer als neuer Hebel der Boden- und Planungspolitik



# Steigende Wohnkosten

Seit 2009 steigen in Deutschland die Mieten. Besonders starke Mietsteigerungen gibt es in westdeutschen Metropolen.

So stiegen gemäß dem »Indikatoren-system zum deutschen Wohnungsmarkt« der Deutschen Bundesbank in den sieben größten Städten die Neuvermietungs-mieten zwischen 2010 und 2016 um 30% (Angaben für 2017 liegen noch nicht vor). Im Bundesdurchschnitt nahmen sie immerhin um 25% zu. Menschen, die berufs- oder familienbedingt umziehen müssen, haben somit besonders stark mit steigenden Wohnkosten zu kämpfen.

Jüngste Auswertungen der Umfragen des DIW Berlin im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ergaben, dass von 2014 bis 2015 der Anteil der Haushalte mit einer kritischen Belastungsquote (d.h. über 30 Prozent der Gesamtausgaben für Wohnkosten) im unteren Einkommensbereich sowie bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern unter 16 Jahren gestiegen ist.

Da das Thema »Bezahlbarer Wohnraum« viele Menschen betrifft, fand anlässlich der Oberbürgermeister-Wahl in Frankfurt am Main am 29. Januar eine Diskussionsveranstaltung hierzu statt. Die Veranstaltung der Initiative Finanzplatz Frankfurt (IFIF, [www.ififfm.de](http://www.ififfm.de)) wurde von der INWO unterstützt. Ein Bericht findet sich auf S. 20.

## Quellen:

[www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Unternehmen\\_Und\\_Private\\_Haushalte/Indikatoren\\_system\\_Wohnimmobilienmarkt/indikatorensystem\\_zum\\_deutschen\\_wohnungsmarkt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Unternehmen_Und_Private_Haushalte/Indikatoren_system_Wohnimmobilienmarkt/indikatorensystem_zum_deutschen_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile)  
[staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/Rostock2017/1\\_Goebel.pdf](http://staedtestatistik.de/fileadmin/vdst/Rostock2017/1_Goebel.pdf)



sind schlicht falsch), dennoch kann die nächste Finanzkrise nur wenige Zinserhöhungen von heute entfernt liegen.

Die EZB kann nicht einfach die Zinsen erhöhen, um die Vermögenspreise inklusive der Boden- und Häuserpreise wieder zu senken: In Spanien oder den Niederlanden, wo in den letzten Jahren massiv Hausbaukredite vergeben wurden, würden die privaten Haushalte en masse in die Insolvenz getrieben, in Italien der Staat, in Belgien und Frankreich die Unternehmen und in Deutschland würden die Forderungen gegenüber dem Ausland, die sich zwangsläufig aus den Exportüberschüssen ergeben, zum zweiten Mal seit 2007 in nennenswertem Maße abgeschrieben.

Wer hohen Zinsen als Lösung des Problems der hohen Immobilienpreise das Wort redet, verdrängt absichtlich oder unabsichtlich die Frage, wer denn die dann wieder wachsenden Zinslasten der Unternehmen, Staaten und Privatleute zahlen soll. Nicht ohne Grund diskutieren weltweit führende Makroökonomien wie Kenneth Rogoff oder Marvin Goodfriend was vorbereitend getan werden müsste, damit sich in der nächsten Rezession die Zinsen deutlich in den negativen Bereich absenken ließen. Die Problematik der steigenden Grundstückspreise muss auch bei niedrigem Zinsniveau gelöst werden können und erfordert zeitgemäße bodenpolitische Maßnahmen.

**Die Problematik der steigenden Grundstückspreise muss auch bei niedrigem Zinsniveau gelöst werden und erfordert zeitgemäße bodenpolitische Maßnahmen.**

## Von der Grundsteuer zur Bodenwertsteuer ...

Die steigenden Vermögenspreise hängen nicht nur an den niedrigen Zinsen. Sie können nur entstehen, wenn Boden- und Monopolrenten als sichere leistungslose Einkommen in großem Stile überhaupt möglich sind. Werden z.B. Infrastrukturunternehmen oder städtischer Grund und Boden erst gar nicht privatisiert bzw. zurückgekauft, lassen sich diese ansonsten privat angeeigneten ökonomischen Renten (nicht durch eigene Risikobereitschaft oder Leistung geschaffene Einkommen) für die Allgemeinheit wieder nutzbar machen.

Ein Großteil der städtischen Grundstücke lässt sich jedoch nicht zurückkaufen, selbst wenn es dafür ein nennenswertes Budget geben sollte. Eine andere Möglichkeit tut sich aber gerade jetzt auf: In den nächsten Jahren muss die Grundsteuer B überarbeitet werden, da die bisher dieser Steuer zugrundeliegenden Einheitswerte veraltet sind.

Mit dem Vorschlag der Umstellung der Grundsteuer auf eine reine Bodenwertsteuer, die rein den Bodenwert – unter Berücksichtigung der Lage – und nicht länger die darauf stehende Bebauung besteuert, liegt ein zeitgemäßer, sprich dem Umfeld niedriger Zinsen angemessener Vorschlag auf dem Tisch, der neben einer gerechteren und effizienteren Besteuerung, den Kommunen wieder mehr Handlungsspielräume bei der Stadtplanung geben würde. Dieser Vorschlag wird neben der INWO mittlerweile von vielen Verbänden und Bürgermeistern unterstützt (mehr Informationen zur Bodenwertsteuer unter: [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)). Nicht nur in Frankfurt, aber gerade auch dort, könnte sich eine solche Bodenwertsteuer sehr positiv auswirken. ■

Der Text basiert auf dem Flugblatt der Initiative Finanzplatz Frankfurt zur Frankfurter OB-Wahl: [ififfm.de/wp-content/uploads/2017/12/IFIF\\_OB\\_Flugblatt.pdf](http://ififfm.de/wp-content/uploads/2017/12/IFIF_OB_Flugblatt.pdf)

# Grundsteuerreform – aktuelle Entwicklungen

Der Ländervorschlag zur Grundsteuerreform von 2016 scheint vom Tisch zu sein – doch was folgt danach? Wenn wir Bürger nicht aufpassen, kommt eine wertunabhängige Steuer, plus eine Baulandsteuer als »Trostpflaster«. Im Sinne der Gerechtigkeit wäre es dagegen wichtig, die Bodenrenten zu besteuern.

**N**achdem das Bundesverfassungsgericht im Januar bei einer mündlichen Verhandlung zu Klagen gegen die veralteten Einheitswerte schon andeutete, dass es diese nicht mehr für verfassungsgemäß hält, fordert nun der Deutsche Städtetag von der Bundesregierung und den Ländern eine zügige Reform der Grundsteuer. Man laufe sonst Gefahr, dass die Gemeinden die Grundsteuer womöglich für gewisse Zeit gar nicht mehr erheben dürften, was die Kommunen in eine Finanzkrise stürzen dürfte, so Städtetags-Vizepräsident Ulrich Maly. Der für den Ländervorschlag (»Kostenwert-Modell«) geschätzte Zeitbedarf von zehn Jahren für die Neuberechnung von Haus- und Grundstückswerten dürfte somit unhaltbar sein. Ohnehin bröckelt die Länderfront immer mehr. Laut Nachrichtenmagazin Focus wächst der Widerstand im Bundesrat gegen das im letzten Jahr in den Bundestag eingebrachte Konzept. Danach sind nach Bayern und Hamburg nun auch Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gegen diesen Plan, nach dem weiterhin Boden und Gebäude besteuert werden sollen, jedoch auf der Basis neuer, komplizierter Berechnungen. Damit das Konzept in der neuen Legislaturperiode im Bundestag beraten werden könnte, müsste der Bundesrat neu dafür abstimmen, was derzeit unwahrscheinlich ist.

## »Südmodell« verhindern!

Überraschend ist der Hamburgische Finanzsenator Peter Tschentscher im Januar auf die Linie der Bayern eingeschwenkt und befürwortet nun eine wertunabhängige Steuer, die nur die reinen Flächen von Gebäude und Grundstück berücksichtigt (»Südmodell«). Soll diese schlechteste aller Varianten etwa als neuer Vorschlag politisch durchgesetzt werden?

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist zudem davon die Rede, »den Kommunen durch Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit ein(zu)räumen, die Baulandmobilisierung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern.« Dies soll durch die Einführung

einer zusätzlichen Grundsteuer C ermöglicht werden.

## Baulandsteuer unzureichend

Die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« sieht diese Vereinbarung sehr kritisch und schreibt dazu:

»Dem Plan von CDU/CSU und SPD, den Gemeinden mittels Einführung einer Grundsteuer C-Option die Möglichkeit einzuräumen, die Verfügbarmachung von bebaubaren Grundstücken für Wohnbauzwecke zu verbessern, erteilt das Bündnis »Grundsteuer:

Eine separate Grundsteuer-Kategorie für unbebaute Wohnbaugrundstücke änderte nichts an dem grundlegenden Problem, dass die Grundsteuer B im Kern eine Gebäudesteuer ist bzw. bliebe, mit allen damit verbundenen Nachteilen. Mit der vom Bündnis »Grundsteuer: Zeitgemäß!« vorgeschlagenen Vereinfachung der Grundsteuer insgesamt in eine reine Bodensteuer würden unbebaute, aber bebaubare Grundstücke automatisch höher besteuert, und zwar mit weniger statt mehr Bürokratie, ganz ohne Ausnahmen und neue Ungerechtigkeiten.

Mit der reinen Bodensteuer würde lediglich der Bodenwert der Grundstücke besteuert, der die Bebaubarkeit bereits mit einpreist. Gleichwertige Grundstücke in gleicher Lage mit gleichen Baurechten würden somit identisch besteuert – unabhängig von der realisierten Bebauung. Dies würde die mit der Gebäudebesteuerung einhergehenden Fehlreize und Marktverzerrungen ausschließen: Bauliche Investitionen würden nicht länger durch eine höhere Steuer bestraft. Spekulation und das Brachliegenlassen von Baugrundstücken würde nicht mehr durch eine niedrigere Grundsteuer belohnt werden.

Der Vorschlag der Koalitionäre mag ein richtiges Ziel vor Augen haben, der gewählte Weg führte aber in eine Sackgasse. Schon die Erfahrungen mit der Grundsteuer C in den Jahren 1961/62 sollten eine Warnung sein, sie sprechen klar gegen eine Wiederbelebung derselben. Auf Druck gut organisierter Interessengruppen wurden in das damalige Gesetz zahlreiche Ausnahmetatbestände aufgenommen, was zu zahlreichen Ungerechtigkeiten führte.

Darüber hinaus ist die Grundsteuer C keine Antwort auf die vom Bundesverfassungsgericht geäußerten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Bemessungsgrundlage und ersetzt nicht die dringend notwendige Reform der Grundsteuer.«

Mehr Informationen und aktuelle Berichte unter:  
[www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)



Zeitgemäß!« eine klare Absage. Eine solche Grundsteuer C wäre eine völlig unnötige, streitanfällige Verkomplizierung des Grundsteuerrechts und ein Einfallstor für Partikularinteressen. Nur ein Teil der in Frage kommenden Flächenpotenziale würde damit erfasst. Für gewerblich nutzbare Grundstücke, teilbebaute Grundstücke mit Ausnutzungsreserven sowie für Grundstücke mit leer stehenden oder untergenutzten Gebäuden gäbe es weiterhin keinerlei fiskalischen (Wieder-)Nutzungsanreiz.

Wer soll unser Geld herstellen?!

## Abstimmung über die Vollgeld-Initiative

am 10. Juni 2018

Informationen: [www.vollgeld-Initiative.ch](http://www.vollgeld-Initiative.ch)



Eidgenössische  
Volksabstimmung



SCHWEIZ

### Bitte helft uns beim Schlusspurt!

Die nächsten drei Monate verlangen von uns allen ein besonderes Engagement, um der Vollgeld-Initiative zum Durchbruch zu verhelfen.

- Sprecht die Leute auf die Vollgeld-Initiative an, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, wo immer es geht. Diskutiert mit ihnen, weist sie auf unsere Homepage hin!
- Besucht die Treffen der Regionalgruppen!

- Organisiert Referate in euren Vereinen, Parteien, Verbänden, Gemeinden! Referenten vermitteln wir gerne.
- Schreibt Leserbriefe und Blog-Kommentare!
- Verteilt unser Werbematerial auf der Strasse, in Briefkästen, in Läden und Restaurants. Verschenkt die 20er-Nötl! Tragt immer den Vollgeld-Ja-Knopf!

Kostenlose Bestellung: [www.vollgeld-initiative.ch/bestellen-sie-infomaterial](http://www.vollgeld-initiative.ch/bestellen-sie-infomaterial)

- Meldet euch mit Hinweisen, Ideen und Fragen bei: [info@vollgeld-initiative.ch](mailto:info@vollgeld-initiative.ch)
- Unterstützt uns mit einer Zusatz-Spende!

Alle wichtigen Informationen und aktuelle Veranstaltungstermine finden sich im Internet unter: [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

### Zum Tod von Hans Christoph Binswanger

Mit Hans Christoph Binswanger ist am 18. Januar ein grosser Ökonom und Humanist gestorben. Seine umfassende kulturelle Bildung ermöglichte ihm einen unorthodoxen Blick auf sein Fachgebiet. Als souveräner Analytiker gehörte er sowohl zu den ersten ökonomischen Vertretern der Nachhaltigkeitsbewegung als auch zu den kompetentesten Kritikern der Wirtschafts- und Geldtheorie. Letzteres war seinerzeit der Grund, warum sich die Initianten der Schweizer Vollgeld-Initiative an ihn wandten und in ihm einen klar denkenden und unbestechlichen Berater fanden.

Im Juni vergangenen Jahres konnten wir ihn zum letzten Mal im Garten des Altersheims besuchen und verbrachten mit ihm zwei anregende Stunden im Schatten eines Baumes. Wir ahnten, dass dies vielleicht das letzte Treffen sein würde.

Mitte der 80er Jahre erschien seine aufsehenerregende Arbeit über den Teil II von Goethes Faust. Sie und später die Publikationen »Geld und Natur« sowie »Geld und Wachstum« zeigten uns deutlich, dass hier ein Denker am Werk war, der nicht nur die Lücken und Mängel der gängigen Theorien erkannte – das Geld, das unbekannte und verkannte Wesen –, sondern auch wusste, wie man die »Wachstumsspirale« bändigen kann.

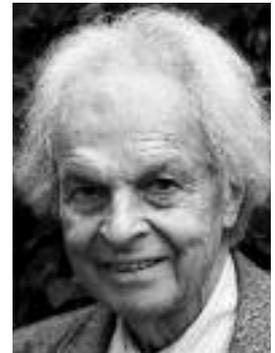
Nach der Finanzkrise war für uns deshalb klar, mit wem wir das Unbehagen über das herrschende Geldsystem besprechen wollten. 2010 trafen wir uns mit Hans Christoph Binswanger und einigen Gleichgesinnten zu einem ersten Gedankenaustausch. Daraus ergaben sich zahlreiche weitere Gespräche, die letztlich zur Formulierung der Vollgeld-Initiative führten. Dabei lernten wir Binswanger als offenen und humorvollen Menschen mit einem unglaublich breiten Wissen kennen. Zu Recht wurde er deshalb vom ehemaligen Rektor der Universität als »ökonomischer Humanist und humaner Ökonom« bezeichnet. Auch im wissenschaftlichen Beirat der Vollgeld-Initiative brachte Hans Christoph immer wieder seine wertvollen Erfahrungen und Einsichten ein.

Leider musste er sich dann aufgrund zunehmender Altersbeschwerden schrittweise zurückziehen. Dennoch blieben wir in Kontakt und freuten uns darüber, dass er – trotz körperlicher Beschwerden – anderweitig am wissenschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen konnte. In der Geldreformbewegung ist Binswanger jedenfalls ein Ehrenplatz sicher. Binswangers Ideen und Arbeiten sind jedoch nicht nur für die Geldtheorie inspirierend und der Zeit voraus. Ganz zentral sind auch seine Beiträge zum Thema Ökologie und Nachhaltigkeit. Obwohl die Lektüre z.B. sei-

nes Spätwerkes »Die Wachstumsspirale« anspruchsvoll ist, sind seine Schlussfolgerungen in der Regel klar, konstruktiv und wegweisend. Das Inhaltsverzeichnis eines seiner letzten Bücher »Vorwärts zur Mässigung«

liest sich deshalb wie ein umfassendes Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm für kommende Generationen: »Neustrukturierung des Geldsystems; Nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensverfassungen; Langfristige Sicherung der Ernährungsgrundlage; Nachhaltiger Ressourcenhaushalt; Eigentum verpflichtet: Patrimonium statt Dominium; Gemeinschaftsdienste als Ergänzung zu Lohndiensten; Das Subsidiaritätsprinzip im Umweltschutz; Ein ökologischer Rat als Vertreter der Interessen künftiger Generationen.« Kein Zweifel, Hans Christoph Binswangers Werk wird weiterleben und kommende Generationen werden auf seinen Gedanken aufbauen können. So wird er uns allen in dankbarer Erinnerung bleiben!

Hansruedi Weber  
(Co-Präsident INWO / Präsident Verein MoMo)  
Reinhold Harringer  
(Mitinitiant Vollgeld-Initiative)



## Immer mehr **Bodeninitiativen** in der Schweiz

Was vor zwei Jahren mit der Annahme einer kantonalen Bodeninitiative in Basel und einer kommunalen in Emmen LU begonnen hat, ist jetzt bereits zu einer Siebenerreihe von Initiativen angewachsen. Der Slogan »Boden behalten, Stadt gestalten« fällt auf fruchtbaren Boden.

Es war eine faustdicke Überraschung, als die Stimmberechtigten der Stadt Basel Ende Februar 2016 die Neue Bodeninitiative mit dem Stimmenverhältnis von 2:1 annahmen. Und es war geradezu eine Sensation, dass gleichentags der Souverän der Luzerner Vorstadtgemeinde Emmen mit hauchdünner Mehrheit ebenfalls Ja sagte zur kommunalen Bodeninitiative »Boden behalten, Emmen gestalten«. Im Jahr darauf dann bestätigten die Stimmberechtigten ihr Votum deutlich, als es darum ging, das neue Bodenreglement der Gemeinde zu genehmigen. Das Emmener Ergebnis war umso erstaunlicher, als lediglich Grüne und SP dafür eintraten, die bürgerlichen Parteien und der Gemeinderat die Initiative jedoch geschlossen ablehnten – ein Zeichen dafür, dass unvoreingenommene Bürgerinnen und Bürger den Ausverkauf des Tafelsilbers ihrer Gemeinden nicht länger tatenlos hinnehmen wollen. Ziel der Initianten war es in beiden Fällen, den öffentlichen Boden dauerhaft in Händen zu halten und ihn – wo kein Eigenbedarf der Gemeinschaft besteht – mit langfristigen Bauverträgen zur Nutzung zu vergeben.

### Kleiner Rückschlag in Hochdorf

Dem Beispiel der beiden Pioniere Basel und Emmen sind mittlerweile auch Initianten in der Stadt Luzern und in Hochdorf LU gefolgt. In Luzern führte der Gegenvorschlag des Stadtrates, dem sich die Initianten aus den Reihen von SP und Grünen anschlossen, zum Erfolg. Einen ersten kleinen Rückschlag hat die neue Gemeingut-Boden-Bewegung im November in Hochdorf erlitten. Zwar wurde die Initiative von SP und Grünen mit 862 zu 824 Stimmen angenommen. Doch weil auch der Gegenvorschlag des Gemeinderates eine knappe Mehrheit fand (840 zu 836 Stimmen), musste die Stichfrage entscheiden. Und da obsiegte die Variante des Gemeinderates mit 860 zu 800 Stimmen. Dies ist bedauerlich, weil die neue Regelung so praktisch wirkungslos

bleibt: Nur gerade in der Zone für öffentliche Zwecke und jener für Sport und Freizeit soll auf Verkäufe verzichtet werden, in den ökonomisch ungleich bedeutenderen Wohn- und Gewerbebezonen jedoch nicht. Die Hochdorfer Initianten trösten sich mit dem guten Abschneiden ihrer Initiative. Sie fühlen sich dadurch legitimiert, künftige kommunale Landgeschäfte kritisch zu verfolgen.

### Binningen – Sursee – Uster

Mittlerweile sind in drei weiteren Schweizer Gemeinden Initiativkomitees mit dem gleichen Anliegen am Werk. In Binningen BL läuft die Unterschriftensammlung der SP bereits. In Sursee wollen die Grünen ihre Bodeninitiative im März starten. Und in der Stadt Uster, der drittgrössten Gemeinde des Kantons Zürich, sammeln die Grünen seit kurzem für ihre Initiative »Boden behalten, Uster gestalten« Unterschriften. Für das Zustandekommen sind 600 gültige Unterschriften nötig. Sie haben dafür ein halbes Jahr Zeit.

Der Stiftungsrat der NWO-Stiftung Belcampo hat an seiner letzten Sitzung mit grosser Befriedigung vom grossen Interesse an der Bodenpolitik Kenntnis genommen. Besonders erfreulich ist, dass die Bodeninitiativen jetzt mit Uster auch erstmals im Kanton Zürich ins Gespräch kommen. Der Stiftungsrat hat beschlossen, auch die neu lancierten Initiativen im Rahmen seiner Möglichkeiten mit Aufmunterung und einem finanziellen Zustupf zu unterstützen.

### Argumentationshilfe für Bodeninitianten

Unterstützung erhalten die heutigen und künftigen Initianten von den Basler Müttern und Vätern der dortigen Bodeninitiative. Sie planen ein Buch, das die Basler Initiative dokumentiert, sie in einen grösseren politischen Zusammenhang stellt und auch auf die weiteren Initiativen verweist. Es kann so zu einem Nachschlagewerk und zu einer Argumentationshilfe für Bodenrechtsaktivisten werden.

Und zuletzt lohnt es sich auch, auf die Aktivitäten des Infonetzwerks Gemeingut Boden hinzuweisen. In dieser losen Vereinigung sind seit 5 Jahren mittlerweile 9 Institutionen zusammengeschlossen, die den öffentlichen Charakter des Gutes Boden anerkennen und danach zu handeln trachten. Das Infonetzwerk erarbeitet gegenwärtig einen Leitfaden zum (Erb-)baurecht. Es soll die Broschüre »Baurecht unter der Lupe« ergänzen. Sie ist im vergangenen Herbst vom Bundesamt für Wohnungswesen herausgegeben worden und beleuchtet das Baurecht vorab aus ökonomischer Sicht.

Heinz Girschweiler

Weitere Informationen unter:  
[www.nwo-belcampo.ch](http://www.nwo-belcampo.ch), [www.gemeingutboden.ch](http://www.gemeingutboden.ch)

Link zur Broschüre »Baurecht unter der Lupe«:  
[www.nwo-stiftung.ch/cms/upload/PDF/Baurecht\\_DE\\_web.pdf](http://www.nwo-stiftung.ch/cms/upload/PDF/Baurecht_DE_web.pdf)



In Basel begann die erfreuliche Serie der Schweizer Bodeninitiativen: [www.neue-bodeninitiative.ch](http://www.neue-bodeninitiative.ch)

## Neue Regiogeld-Gründungen in der Westschweiz

In den letzten Jahren sind vor allem in der Westschweiz einige komplementäre Regionalgelder entstanden. Weitere Initiativen sind in Vorbereitung. Dies ist aus Sicht der INWO Schweiz eine erfreuliche Entwicklung. Es handelt sich bei vielen Projekten um Initiativen, welche in Vereinen oder genossenschaftlich organisiert sind und deshalb zu recht als alternatives Bürgergeld vermarktet werden.

sicherung versehen sein, welche zum raschen Eintausch des Geldes anregen soll. Von den oben genannten Regionalgeldern hat jedoch nur der NetzBon eine indirekte Umlaufsicherung. Er kann beim zuständigen Verein zum Vorzugspreis (110 Netzbon für 100 Franken) bezogen werden, sofern der Jahresbeitrag des Vereins bezahlt wird, und der Rücktausch in Schweizer Franken ist nur mit einer Einbusse möglich. Der Léman jedoch kennt weder eine Ausgabefrist, einen Wertverfall noch ein sonstiges Anreizsystem zur Umlaufsicherung. Er wird deshalb noch eine Bewährungsprobe bestehen müssen, sollte der Schweizer Franken in eine ernsthafte Finanzkrise geraten.



Das grösste Regiogeld-Projekt ist der »Léman«, welcher in den Städten Genf und Lausanne und darüber hinaus im ganzen Umland des Genfersees (und auch in den französischen Ortschaften am Südufer des Sees) gehandelt werden kann. Dieses Regiogeld wurde 2015 eingeführt, der Wert eines »Léman« entspricht einem Schweizer Franken. Heute wird der Léman bereits in 450 Unternehmungen und Betrieben als Zahlungsmittel akzeptiert. Ein weiteres erfreuliches Projekt ist der NetzBon in Basel, der bereits seit 2005 existiert und heute rund 130 Unternehmungen und Betriebe als Zahlstellen registriert hat. Beide Projekte sind als Notengeld-Währung konzipiert und auch der NetzBon hat einen Tauschwert von 1:1 zum Schweizer Franken. Beide Regiogelder können in Franken eingekauft werden.

Gleich zwei weitere Initiativen zur Einführung eines Regiogeldes sind im Kanton Fribourg lanciert worden. Eine dieser Regionalwährungen soll das Greyerzerland und die angrenzende Region des oberen Saanetals abdecken. Die Einführung von Notenscheinen ist im Januar 2019 geplant. Das zweite Projekt hat die Einführung eines alternativen Notengeldes in der Stadt Fribourg und Umgebung zum Ziel. Das genaue Einführungsdatum ist noch nicht bekannt. Beide Projekte haben den Léman zum Vorbild genommen und die Scheine sollen mittels einer Clearingstelle getauscht werden können. Zudem sind sie in der französischsprachigen Schweiz entstanden, beziehen jedoch auch Gebiete der deutschsprachigen Schweiz mit ein.

Nach den freiwirtschaftlichen Prinzipien Silvio Gesells sollten die Komplementärwährungen mit einer Umlauf-

Vergleichen wir die Regionalgelder NetzBon und Léman miteinander und nehmen noch die von der INWO Schweiz geschaffene Talent-Währung hinzu, so liegt folgender Schluss nahe: Je einfacher das alternative Geldsystem aufgebaut ist, desto mehr Betriebe und Unternehmungen werden zum Mitmachen gewonnen. Es muss hierzu bemerkt werden, dass die Talent-Währung nicht mit Schweizer Franken gedeckt ist. Die fehlende

Deckung in Schweizer Franken und die fehlende Zukauf- und Verkaufsmöglichkeit hindert möglicherweise die Unternehmungen, beim Talent einzusteigen.

Die aufkommende Beschäftigung verschiedener Gruppierungen mit alternativen Komplementärwährungen zeigt auf, dass ein Umdenken auch auf der Ebene der Geld- und Zahlungsmittel stattfindet. Dass sie nicht nach Gesells Lösungsansätzen geschaffen worden sind, könnte sich in der Zukunft allerdings negativ auswirken. Gerade deshalb ist das Wissen aus dem freiwirtschaftlichen Bereich gefragt, um in einer eintretenden Krisensituation auf alternative Komplementärwährungen setzen zu können.

Roland Stebler

### WERDEN SIE INWO-MITGLIED!

Als Mitglied (CHF 100.- oder nach eigenem Ermessen) und als Gönner (aufgegründeter Mitgliederbeitrag) bilden Sie das finanzielle Fundament der INWO Schweiz und ermöglichen unser Engagement für ein nachhaltiges Finanzsystem sowie eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

#### INWO Schweiz

Postfach 3161  
5430 Wettingen 3  
Tel.: 056 426 60 90  
E-Mail: buero@inwo.ch  
Bankverbindung:  
Postkonto 30-1771-2  
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

## Inhaltliches INWO-Treffen

Am 16. Dezember trafen sich einige Vertreter der INWO Deutschland in Greven, um über aktuelle inhaltliche Themen und die Jahresplanung für 2018 zu diskutieren. Thematisiert wurde u.a. die geld- und wirtschaftspolitische Lage, z.B. die weltweit trotz Zinssenkungen zunehmende Verschuldung, die Gründe für die ausbleibende Inflation und die Frage, was wir von dem Zurückfahren der Anleihekäufe ab 2018 erwarten.

Thomas Kubo präsentierte einige von ihm aktualisierte Creutz-Grafiken, was auf sehr positive Resonanz stieß.

Die Fortführung der Analysen des im Oktober 2017 verstorbenen Helmut Creutz betrachten wir als äußerst wichtig.

Gesprächsthema waren auch konkrete Entwicklungen, die die Geldpolitik betreffen, wie die Ausbreitung digitaler (Krypto-)»Währungen« und die Pilotklage der Verbraucherverbände in Baden-Württemberg gegen die Negativzinsen der Volksbank Reutlingen.

Bezüglich der Bodenreform haben wir über weitere Aktionen zur Unterstützung von »Grundsteuer: Zeitgemäß!« nachgedacht.

Vlado Plaga



Gruppenfoto beim Spaziergang in Greven an der Ems ... Auf dem Bild fehlen Felix Fuders und Vlado Plaga.

## Diskussion zum Thema »Bezahlbarer Wohnraum« in Frankfurt

Am Montag, den 29. Januar veranstaltete die Initiative Finanzplatz Frankfurt am Main (IFiF, im Internet unter: [ififfm.de](http://ififfm.de)) unter Mitwirkung der INWO D eine Diskussionsveranstaltung in der boomenden Mainmetropole.

Anlass gab die Frankfurter Oberbürgermeister-Wahl am 25. Februar. Unter dem Titel »Stadt der Zukunft: Brexit, Immobilien, Grundsteuer und die Zinsen – Chancen und Herausforderungen für Frankfurt« stand das Thema »Bezahlbarer Wohnraum« im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion mit den Oberbürgermeister-Kandidaten. Zugesagt hatten Dr. Nargess Eskandari-Grünberg (Bündnis 90/Die Grünen), Janine Wissler (Die Linke) und Peter Feldmann (SPD). Dr. Bernadette Weyland (CDU) hatte ihre Teilnahme abgesagt und auch die Kandidatin der Grünen konnte krankheitsbedingt nicht kommen. Hajo Köhn als Vertreter des Bündnisses IFiF moderierte die Veranstaltung. Mit etwa 80 Besuchern war der Saal des Kunstvereins Familie Montez gut gefüllt.

Die Podiumsdiskussion wurde durch einen Impulsvortrag des Experten für Bau- und Bodenrecht Prof. PD Dr. Fabian Thiel von der Frankfurt University of Applied Sciences ein-

geleitet. Sein Impulsvortrag »Boden als Ware – zwischen lokaler Flächennutzung und globalen Investments« machte auf Spannungsfelder und internationale Herausforderungen für die bauliche Kommunalpolitik aufmerksam. Eine Leitschnur lieferte dabei der Leitsatz »Eigentum verpflichtet« aus Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes. Die durch Thiel angerissenen Themen Bodenmärkte, Nachverdichtung von Frankfurt, Grundstücksvergabe und Bodenpolitik regten zur anschließenden Diskussion an. Thiel zeigte außerdem auf, dass das internationale Investitionsrecht in Handelsabkommen wie CETA negative Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltungsgarantie (Art. 28 Abs. 2 GG) haben könnte. In der Podiumsdiskussion positionierten sich die OB-Kandidatin und der OB-Kandidat zu den verschiedenen Gesichtspunkten und beleuchteten mögliche Konsequenzen für Frankfurt.

Matthias Klimpel, Vorstandsmitglied der INWO und Mitorganisator, resümierte: »Die Veranstaltung war meines Erachtens ziemlich gelungen. Es ist uns und vor allem Hajo Köhn von der Initiative Neue Geldordnung gelungen, theoretische und praktische Fragen der Bodenpolitik in der Podiumsdiskussion zu ver-

binden. Die verschiedenen Ebenen der Bodenpolitik – von der Kommunalpolitik bis hin zu den internationalen Investitionsabkommen – wurden angerissen und Fragen zur Landflucht und den Möglichkeiten der Stärkung des ländlichen Raumes thematisiert. Mit Blick auf die Kommunalpolitik ging es es aber auch ganz praktisch darum, welche Handlungsoptionen Frankfurt hat. Hier überraschten Äußerungen von OB Feldmann, der stark darauf drängte, z.B. den Wertzuwachs des Bodens durch kommunale Planungen weitgehend abzuschöpfen und bei der Stadtplanung wieder das Primat der kommunalen Planung – vor den Absichten der Investoren – durchzusetzen.« Für die INWO besonders erfreulich: Die Bodenwertsteuer wurde mehrfach thematisiert.

Unter Mitwirkung des Bündnisses »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, dem die INWO und die Initiative Neue Geldordnung angehören, wird in Frankfurt eine Folgeveranstaltung zum Thema Boden organisiert. Ziel wird es sein, über die Bodenwertsteuer und weitere Reformalternativen zu informieren (z.B. Grundsteuer C und Flächensteuer).

Infos dazu demnächst im INWO-Terminkalender: [www.inwo.de/terminkalender](http://www.inwo.de/terminkalender)



Initiative Finanzplatz  
Frankfurt am Main



## Grundsteuerreform: neue FR-Kolumne

In der Gastwirtschaft-Kolumne der Frankfurter Rundschau forderte die stellv. INWO-Vorsitzende Beate Bockting am 17. Januar »Spekulation erschweren!« »Nehmen die angehenden Koalitionäre ihren Wunsch der Baulandmobilisierung ernst, sollte die Grundsteuer alsbald in eine reine Bodenwertsteuer umgewandelt werden«, so Bockting. Bei einer solchen Steuer bleiben die aufstehenden Gebäude unberücksichtigt, was sie einfacher und unbürokratischer macht. Sie belastet unbebaute Grundstücke – oftmals Sahnestücke, die spekulativ gehortet werden – sehr viel stärker als heute. Modellrechnungen von Professor Dirk Löhr vom Bündnis »Grundsteuer: Zeitgemäß!« bestätigen die posi-

ven Effekte einer reinen Bodenwertsteuer: Die Grundsteuer auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke würde in den untersuchten Gemeinden im Durchschnitt um das Vier- bis Fünffache ansteigen. Es entsteht dadurch ein steuerlicher Anreiz, Baulücken zu schließen. Der Grundstücksspekulation wird ein Riegel vorgeschoben. Auch auf Villengrundstücke in teuren Lagen kämen spürbare Erhöhungen zu, während Nutzer von Mehrfamilienhäusern – mehrheitlich Mieterhaushalte – mit einer deutlichen Entlastung rechnen dürften.

Siehe auch: [www.grundsteuerreform.net](http://www.grundsteuerreform.net)

## Grundsteuerreform: INWO-Brief an SPD-Abgeordnete

Zu unserer positiven Stellungnahme zur Bodenwertsteuer an Fachpolitiker fast aller Parteien haben wir mittlerweile einige Eingangsbestätigungen erhalten, was zeigt, dass unser Schreiben wahrgenommen wird. Anfang Februar haben wir zudem alle SPD-Bundestagsabgeordneten angeschrieben und sie dazu aufgerufen, sich für eine reine Bodenwertsteuer einzusetzen. Kurz zuvor hatte Bundesbauministerin Barbara Hendricks sich in einem Interview im SPIEGEL 4/2018 klar für

eine Bodenwertsteuer ausgesprochen. »Bauministerin Hendricks will Bodenspekulanten ausbremsen«, hieß es auch auf Spiegel.de. Solche Stimmen in der SPD wollen wir gegenüber anderen Kräften stärken, die neuerdings auf die schlimmste aller Varianten, das sogenannte »Südmodell«, einschwenken, wie etwa der Hamburgische Finanzsenator Peter Tschentscher. Das Südmodell sieht eine völlig wertunabhängige Besteuerung vor, die sich nur an Quadratmetern ori-

entiert. So können natürlich keine Bodenrenten weggesteuert werden. Leistungslose Einkommen aus Bodeneigentum sowie Bodenspekulation würden bestehen bleiben. In unserem Schreiben machen wir dagegen deutlich: »Eine reine Bodenwertsteuer ist neben einem vermehrten Bodenrückkauf durch die öffentliche Hand und einer Ausweitung des Erbbaurechts sowie genossenschaftlicher Wohnraumfinanzierung eine wirkungsvolle und zeitgemäße Maßnahme.«

## Bodenwertsteuer: Werde aktiv!

**MITMACHEN!**

Wir bitten unsere Mitglieder weiterhin, die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« durch eigene Aktivitäten zu unterstützen. Wir wollen deutlich machen, dass eine Bodenwertsteuer in der Bevölkerung viele Befürworter hat.

Sprich mit Freunden und Bekannten über das Thema. Wende Dich per E-Mail oder Brief an Deinen Bürgermeister, die Kreisverbände der Parteien oder örtliche Bundestags- und Landtagsabgeordnete.

Deine Volksvertreter findest Du im Internet unter: [www.bundestag.de/abgeordnete/](http://www.bundestag.de/abgeordnete/)

Eine Briefvorlage kann per E-Mail bei uns angefordert werden: [redaktion@INWO.de](mailto:redaktion@INWO.de)

## Werde INWO-Mitglied! Jetzt!

Gerade jetzt bitten wir um Deine Unterstützung. Sei es ideell, durch aktive Mitarbeit oder finanziell. Um unseren Einfluss zu vergrößern, brauchen wir eine starke Mitgliederbasis. Werde jetzt INWO-Mitglied! (Aufnahmeantrag S. 22)

Wir halten Dich gern auf dem Laufenden.  
Unser Newsletter kann bestellt werden unter:  
[www.inwo.de/newsletter](http://www.inwo.de/newsletter)

Möchtest Du für unsere Arbeit spenden?  
Unsere Kontoverbindung:  
Konto Nr. 6010451400  
bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

**SPENDEN!**

### Nimm mit uns Kontakt auf:

Abo- und Mitgliederverwaltung:  
Annette Blank  
Wallstr. 97, 50321 Brühl  
telefonische Sprechzeit: freitags 11-15 Uhr  
Tel.: 0 22 32-15 63 68

E-Mail: [mitglieder@INWO.de](mailto:mitglieder@INWO.de)

Vorstand/Redaktion:  
INWO e.V.  
Redaktion FAIRCONOMY  
Aldruper Brink 75, 48268 Greven  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)  
oder [redaktion@INWO.de](mailto:redaktion@INWO.de)



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.  
Postfach 90 02 06  
60442 Frankfurt am Main  
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)



## Aufnahmeantrag

**Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!**

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich \_\_\_\_\_ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse  
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

\_\_\_\_\_  
Telefon  
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum bzw. Jahrgang

\_\_\_\_\_  
Beruf/Tätigkeit

**Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:**

- Faltblatt
- Bekannte
- Internet
- Vortrag
- Seminar
- Sonstiges \_\_\_\_\_

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an die oben angegebene Adresse.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

**Einzugsermächtigung:** Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

**Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

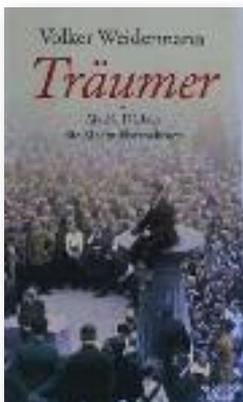
IBAN: D E \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_

Name des Kreditinstituts oder BIC: \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Volker Weidermann: *Träumer – Als die Dichter die Macht übernahmen.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 2017, 288 S., 18,99 €, ISBN: 978-3-462-04714-1**

Mit »Träumer – Als die Dichter die Macht übernahmen« lässt Volker Weidermann im Vorfeld des 100-jährigen Jubiläums der Münchner Räterepublik den heutigen Leser diesen besonderen Moment der deutschen Geschichte nachempfinden. In Romanform erzählt er die Ereignisse nach und stellt die Protagonisten der Revolution vor. Es ist je nach Vorbildung nicht ganz einfach, den Überblick zu behalten, denn die Protagonisten sind zahlreich und als gestalterisches Mittel weicht Weidermann schon gleich zu Beginn von einer rein linearen Erzählweise ab: »Natürlich war es ein Märchen gewesen, nichts als ein Märchen«, lässt er Kurt Eisner denken, offenbar nach der verlorenen Wahl und bevor er seinen Rücktritt als Ministerpräsident bekanntgeben wollte. Dann geht es erstmal weiter zurück, zu den letzten Tagen des Bayerischen Königreichs, im November 1918: »Den König hatte man am Vormittag noch durch den Englischen Garten spazieren sehen. Ja, wie lange wollte der denn noch spazieren? Wie lange noch regieren?« Das Buch lässt diese ferne, aber doch nicht unendlich weit zurückliegende Zeit lebendig werden.



Nahe beieinander sind für mich die Freude darüber, dass radikale gesellschaftliche Veränderungen ganz plötzlich möglich waren, sowie die Enttäuschung darüber, dass es am Ende in München doch zu hunderten von Toten kam... quasi als Vorbote von noch sehr viel mehr Blutvergießen gerade mal 20 Jahre später. Der bekannteste Kopf dieser düsteren Zeit, Adolf Hitler, taucht auch in Weidermanns München von 1918/1919 gelegentlich auf, als bekannter Nebendarsteller.

Silvio Gesell und Gustav Landauer sind zwar auch eher Nebenfiguren in der Erzählung, werden aber als auf ihre Regierungsverantwortlichkeit sehr gut vorbereitete Männer vorgestellt. So habe der Finanzminister Gesell »die Grundsätze seiner Amtsführung und sein zentrales Projekt« wie folgt formuliert: »Da die absolute Währung nur mit Freigeld dauernd durchzuführen ist, da außerdem das Freigeld die ganze Volkswirtschaft auf das kräftigste belebt, da endlich unter der dauernden Wirkung des Freigelds der Zinsfuß automa-

tisch sinkt und die Löhne entsprechend steigen, kann allein das Freigeld für die Räterepublik in Betracht kommen.« Geradezu komödiantisch scheint der Telegrafendialog zwischen Gesell und dem damaligen Reichsbankpräsidenten Havenstein, einem Juristen, unter dessen Präsidentschaft später die Hyperinflation von 1923 stattfand. Gesell telegraphierte: »Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.« Für die Antwort habe der Reichsbankpräsident nur vier Worte gebraucht: »Ich warne vor Experimenten!« (S. 175). Gustav Landauer war Bildungsminister, bis schließlich organisierte und von Russland unterstützte Kommunisten sich doch an der Regierung beteiligen, was zwar die Streitkraft gegen Gegner der Räterepublik zunächst erhöht, vom Pazifisten Landauer aber zutiefst beklagt wird: »Der Sozialismus, der sich verwirklicht, macht sofort alle schöpferischen Kräfte lebendig: in Ihrem Werke aber sehe ich, daß Sie auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete, ich beklage, es sehen zu müssen, sich nicht darauf verstehen. Es liegt mir fern, das schwere Werk der Verteidigung, das Sie führen, im geringsten zu stören. Aber ich beklage aufs schmerzlichste, daß es nur noch zum geringen Teil mein Werk, das Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt ist, das jetzt verbreitet wird.« (S. 209)

Das Buch Weidermanns kann man als lebendige Geschichtsstunde lesen, man kann es als Anlass zum Selber-Träumen nehmen und als Anregung zu weiterer Beschäftigung. Obwohl der Ausgang der geschilderten Ereignisse eher deprimiert, kann das Buch doch auch ermutigen, eine Chance, die sich bietet, einfach zu nutzen, um große Veränderungen hin zu einer friedlicheren und freudigeren Gesellschaft umzusetzen.

Vlado Plaga

**Benjamin Tucker u.a.: »Wildcat Banking«. Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit, hrsg. von Gerhard Senft. Verlag Max Stirner Archiv Leipzig 2017. ISBN: 978-3-933287-99-1**

In diesem Büchlein stellt der Volkswirt Gerhard Senft, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien mit Arbeitsschwerpunkten u.a. in der Problemgeschichte und Theorieentwicklung der Ökonomie und der Geschichte der sozialen Bewegungen, zentrale Texte von Vertretern des sogenannten »Free Banking« vor. Darunter wird ein freier Währungswettbewerb mit autonomer, dezentraler Geld- und Kreditschöpfung verstanden.

Senft erinnert in seiner Einleitung daran, dass moderne, infolge der Finanzkrise aufblühende Erscheinungen wie Bitcoin, den Senft leider zu unkritisch sieht, oder Überlegungen zu einer Parallelwährung im notleidenden Griechenland historische Vorläufer haben. Im Band enthalten sind u.a. Texte von Josiah Warren, Stephen Pearl Andrews, William B. Greene, Lysander Spooner, Ezra Heywood und Benjamin Tucker, die der Free-Banking-Debatte in den USA des 19. Jahrhunderts wesentliche Impulse gegeben haben.

Der Titel des Büchleins ist provokant. Als »wildcat bank« wird landläufig eine betrügerische Bank bezeichnet. Der Begriff wurde auch benutzt, um die Tradition des Free Banking zu diskreditieren. »Es ist schon auffällig, wie rasch die Einwände gegenüber einer dezentralen Geldemission auf dem Tisch landen, während die Kritik an der Rolle der Zentralbanken stets verhalten geübt wird.« (S.8) Man muss Senft leider Recht geben, wenn er schreibt: »Nicht selten waren Zentralbanken federführend an der Entstehung von Finanz- und Wirtschaftskrisen beteiligt.« (S. 9) Daher ist es legitim, sich Gedanken darüber zu machen, ob autonome und dezentrale Geldschöpfung unsere Gesellschaften nicht resilienter machen würde.

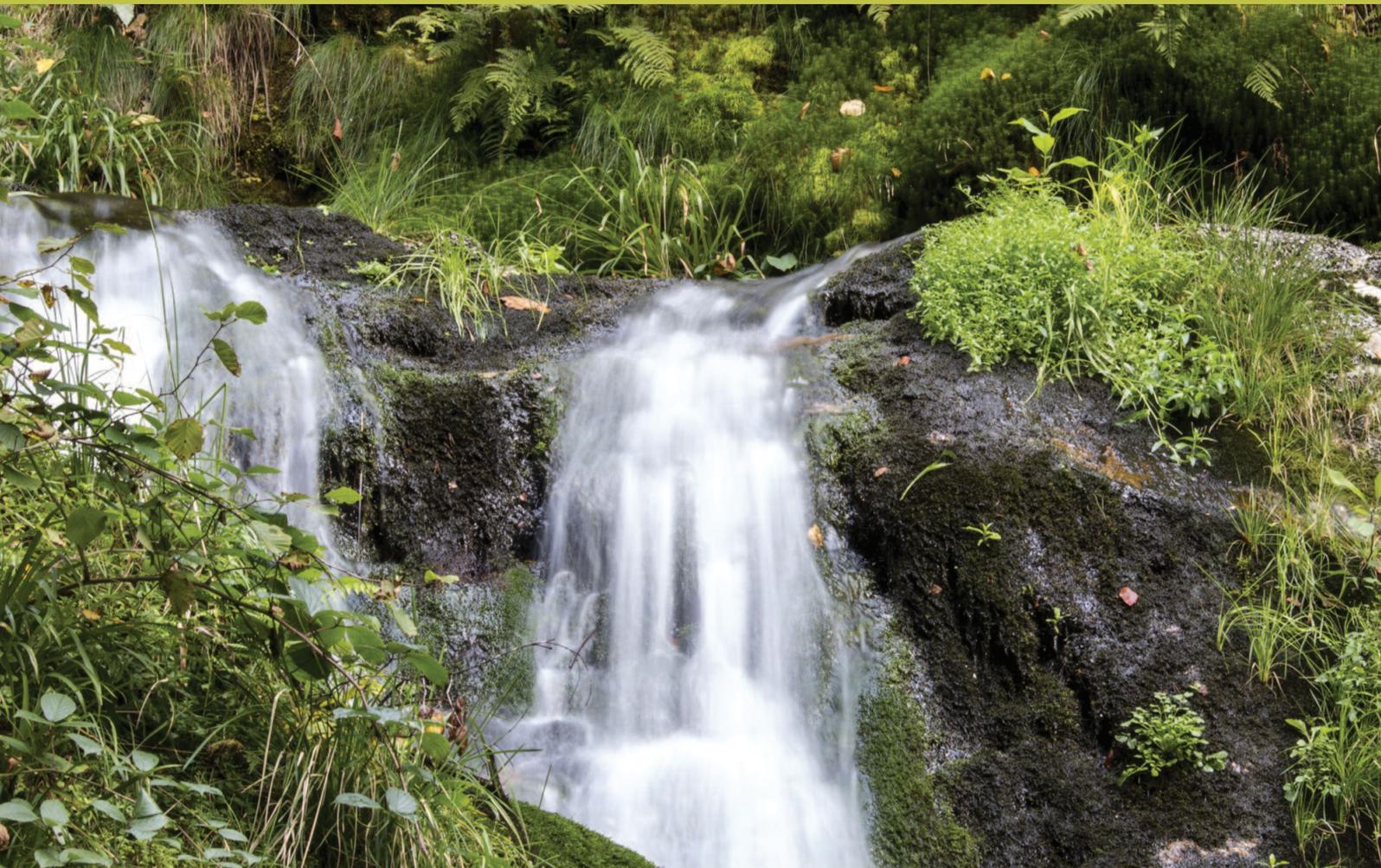


Gerhard Senft führt zahlreiche Vorteile freier Geldemission ins Feld, wie die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen, innovationsfördernden Klimas, indem durch niedrige Zinsmargen auch Investitionen ermöglicht würden, die sich sonst nicht rechnen, während staatliche Vereinnahmung und Rüstungsfinanzierung erschwert würden. Als positives Beispiel dient auch das »neue ökonomische Mekka« Wörgl, das in einem Beitrag von Claude Bourdet behandelt wird, der 1933 bei einem Besuch vor Ort zu dem Urteil kam: »Es scheint, dass man in Übereinstimmung mit dem Bürgermeister anerkennen muss, dass das neue Geld seine Rolle besser ausfüllt als das alte.« Letzten Endes kommt es eben auf die gute und zweckmäßige Konstruktion des Geldsystems an. Wenn die heutigen Zentralbanken auf bestehendes Wissen zurückgreifen würden, gäbe es vermutlich keinen Wildwuchs wie Bitcoin und Co.

Beate Bocking

# Was bedeutet umlaufgesichertes Geld?

**Es bedeutet**, daß wir nun Herr der sogenannten Konjunkturen sind, daß der Staat durch Ausgabe und Einziehung von Geld die Nachfrage ganz nach den Bedürfnissen des Marktes abstimmen kann, daß nicht mehr die Geldinhaber, die ängstlichen Spießbürger, die Spekulanten, die Börsenstimmung, die Laune usw. die Nachfrage hervorbringen, sondern daß der Staat absolut darüber zu bestimmen hat, wie groß die Nachfrage sein soll ... und das bedeutet wieder nichts weniger, als daß der Staat nun auch Herr der Wirtschaftskrisen, Herr der Arbeitslosigkeit ist ...



**Es bedeutet**, daß jetzt immer nur genau so viel Tauschmittel im Besitze der Bürger sein werden, als wie der Handel unmittelbar beansprucht, und zwar so bemessen, daß die Preise wegen zu großer oder zu geringer Geldfülle keine Schwankungen mehr durchmachen können. Es bedeutet, daß niemand mehr dem Staate bei der Verwaltung des Geldes ins »Handwerk pfuschen« kann. Es bedeutet, daß aus Privatreserven dem Markt kein Geld mehr zufließen kann, wenn der Staat eine Drainage des Geldmarkts für nötig hält, und daß kein Geld mehr in die Privatreserven fließen kann, wenn der Staat eine Berieselung des Geldmarkts vornehmen will. Es bedeutet, daß darum auch der Staat nur ganz geringe Geldbeträge einzuziehen oder auszugeben braucht, um das Ziel seiner Währungspolitik zu erreichen.

**Es bedeutet aber auch**, daß niemand mehr Privatreserven anzulegen braucht, weil die Regelmäßigkeit, mit der das Geld jetzt umläuft, die Reserven überflüssig macht. War die Reserve eine Zisterne, so wird die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes **zur ewig sprudelnden Geldquelle**.

Silvio Gesell im Kapitel »Das Gesetzmäßige im Umlauf des neuen Geldes«  
in: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Les Hauts-Geneveys 1916.